Nummer 2 Berlin, den 9. Januar 1932 45. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckk. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba", Berlin SW 11.

Die Lehre aus 1931.

Für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet das Jahr 1931 eine schwere Verlustbilanz. Einkommensrückgang und Arbeitslosigkeit beherrschten das Feld. Durch den Abbau der Sozialversicherung wurde manche Frucht langjähriger Kämpfe für den sozialen Schutz und den Ausbau des Arbeitsrechts vernichtet. Zudem begünstigte die wachsende Unsicherheit der Existenz, die steigende Qual der Untätigkeit der Arbeitslosen die unterirdischen Kräfte der Reaktion. Vor allem ist es die faschistische Gefahr, die als Abfallsprodukt der Krise die politische und wirtschaftliche Luft vergiftet. Starke Gegenkräfte haben sich zur Abwehr dieser Angriffe erhoben. Es ist erfreulich, daß der größte Teil des Proletariats vom faschistischen Gifte unberührt blieb und in der Hauptsache nur das reaktionäre Bürgertum vom Hakenkreuzfimmel ergriffen wurde. Nach wie vor schart sich die Hauptmasse des Proletariats um die Fahnen des Sozialismus und der modernen Gewerkschaftsbewegung. Und der Kampf dieser Kräfte wendet sich heute nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch mit noch größerem Recht als früher gegen die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Mit noch größerem Recht als früher! Die ungeheure Wirtschaftskrise zeugt vom völligen Bankrott des Kapitalismus. Dieses Wirtschaftssystem verdient es nach den Erfahrungen aus den letzten Jahren wahrhaftig nicht, noch länger erhalten zu werden. Die bezahlten Klopffechter des Privatkapitalismus gehen allerdings mit dem Märchen krebsen, daß der Krise wie in alten Zeiten eine wesentliche Steigerung des Produktionsertrages und damit auch für die Arbeiterschaft wieder eine bessere Zeit folgen würde. Auch wird erzählt, die „persönliche Initiative" des Unternehmers sei der Wirtschaft zuträglicher als der Sozialismus, der des Persönlichkeitsstrebens bar sei und den Bürokratismus fördere. Wir sind dagegen der Meinung, daß die Produktivität einer planvoll geleiteten sozialistischen Wirtschaft unbedingt größer sein muß als die einer kapitalistischen. Zudem ist auch die kapitalistische Wirtschaft heute stark verbürokratisiert. Und die kapitalistischen Wirtschaftsleiter sind — wie wir es tagtäglich erleben — ihren Aufgaben weder privatwirtschaftlich noch volkswirtschaftlich gewachsen. Dagegen hat die Planwirtschaft eine Menge Vorteile, deren der Privatkapitalismus entbehrt. So räumt der wahre demokratische Sozialismus mit dem Vorrecht derer auf, die heute dank ihres Besitzes an Produktionsmitteln die Wirtschaft beherrschen. Die Willkürherrschaft weniger Begünstigter verschwindet, an ihre Stelle tritt die Selbstbestimmung der Gesellschaft, die über die Verwendung der Produktionsmittel zugunsten der Gesamtheit verfügt. Damit wäre der monopolistischen Herrschaftsmacht der Industrieritter, dem Mißbrauch der Monopolherrschaft und der Unfähigkeit der Wirtschaftsführer ein Ende bereitet...

Der Sozialismus würde auch mit den gewaltigen Einkommensunterschieden im Kapitalismus aufräumen. Der empörende Zustand, daß einige hundert Generaldirektoren auch in Elendszeiten fürstliche Einkünfte beziehen, während Millionen dem Hunger preisgegeben sind, würde durch den Sozialismus hinweggefegt. Und vor allem würde im sozialistischen Staat das Recht auf Arbeit und auf Sicherung der Existenz anerkannt. Was davon heute im kapitalistischen Staat vorhanden ist, ist zum Teil verfehlt, zum Teil vollkommen unzureichend. Millionen entbehren des Rechts auf Arbeit und der geringe soziale Schutz der Schwachen konnte nur mit äußerster Anstrengung erkämpft werden, zudem wird er bei jeder Verschlechterung der Wirtschaftslage von neuem bedroht.

Die schauerlichste Mißgeburt des Kapitalismus ist aber die Wirtschaftskrise selbst. Eine sozialistische Planwirtschaft ist nur denkbar ohne Hochkonjunktur und ohne Krise. Für die von der Krise heimgesuchten Arbeiter ist es kein Trost, wenn ihnen heute erzählt wird, sie könnten später in Zeiten eines neuen Aufschwungs wieder gut verdienen. Das durch die Krise gestiftete Elend, die Demütigung und Verzweiflung der Arbeitslosen, die Vernichtung zahlreicher Existenzen, die Verrohung der Charaktere, die sich täglich steigernden Verbrechen können durch eine spätere Hochkonjunktur nicht aufgewogen werden. Solche verderblichen Auswüchse am Volkskörper sind überhaupt nie wieder gutzumachen ...

Die Vorzüge der sozialistischen Wirtschaft gegenüber dem kapitalistischen System sind demnach eindeutig und klar. Aber welche Aussichten für die Verwirklichung des Sozialismus sind vorhanden? Welches sind die Wege, die zum Sozialismus führen? Eine schnelle und volle Verwirklichung des Sozialismus scheitert an den politischen Machtverhältnissen, sie scheitert am wirtschaftlichen Beharrungsvermögen, das die Entstehung neuer Wirtschaftsformen mit einem Schlage nicht gestattet. So etwas ist nur durch einen allmählichen Prozeß möglich. Selbst in Sowjet-Rußland, wo sich die politischen Machtverhältnisse unbeschränkt in der Hand der herrschenden Regierung befinden, kann sich trotz günstiger Vorbedingungen die neue Wirtschaftsform im Wirtschaftsprozeß nur nach und nach durchsetzen...

Wir sehen heute in Deutschland die schärfsten staatlichen Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft. Die letzte Notverordnung beweist dies treffend. Die Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit sind erschüttert. Man redet heute mit Recht vom Staatskapitalismus. Darunter versteht man nicht nur die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft, sondern die verordneten weitestgehenden Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit des Kapitalismus. Aber die staatlichen Eingriffe, die die kapitalistische Wirtschaft zu einem Staatskapitalismus umwandeln, sind derart, daß sie nicht nur dem Proletariat, sondern auch den Unternehmern nützen und ihnen Subventionen auf Kosten der Allgemeinheit zuleiten. Immerhin kann uns vom sozialistischen Gesichtspunkt aus betrachtet diese Wandlung zum Staatskapitalismus nicht gleichgültig sein. Den bisher festesten Grundprinzipien des Kapitalismus wird damit der Boden abgegraben und mehr und mehr der Weg für einen sozialistischen Aufbau freigelegt. Aber nun müssen auch die Kräfte vorhanden sein, die eine solche Entwicklung erzwingen können! Diese Erschütterung des Kapitalismus und die Entwicklung zum Staatskapitalismus müssen es möglich machen, neue Elemente in die Wirtschaftsverfassung einzubauen. Und zwar Elemente, die nicht kapitalistisch sind und die im volkswirtschaftlichen Allgemeininteresse handeln!

Die anzustrebenden planwirtschaftlichen Eingriffe müssen sich zunächst auf die Monopol- und die Kreditkontrolle erstrecken, sie dürfen auch eine weitgehende Kontrolle der Produktion nicht außer acht lassen. Und da der Privatkapitalismus in der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten versagt, sind planwirtschaftliche Eingriffe zugunsten der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe der staatlichen Einrichtungen zu erstreben! An der Erfüllung solcher Aufgaben müssen die Gewerkschaften mitarbeiten. Das sind notwendige Etappen auf dem Wege zur sozialistischen Planwirtschaft. Deshalb heißt es für uns, die gewerkschaftlichen Kräfte auch deshalb zusammenzufassen, um die Willkürmacht des kapitalistischen Unternehmers mehr und mehr einzuschränken und so das Volk der Verwirklichung des Sozialismus näherzubringen. Das ist die eindringlichste Lehre aus dem Jahre 1931!

Die neue Lohngestaltung im Baugewerbe.

Die durch Notverordnung aufgezwungene Festsetzung oder Errechnung der neuen Bauarbeiterlöhne hat auf viele Schwierigkeiten gestoßen. In verschiedenen Bezirken versuchten die Unternehmer, eine vollkommene Aenderung der Bezirkstarifverträge durchzusetzen. Unbekümmert um Rechte, die seit Jahrzehnten als ohne weiteres geltend angesehen wurden, hatte man vielfach rücksichtslos Anträge auf Verschlechterung sämtlicher materieller Bestimmungen der Verträge gestellt. Der Vorstoß der Unternehmer in der Aussprache am 11. Dezember 1931, der darin gipfelte, unbedingt wieder auf den Individuallohn zu kommen, wurde von den Arbeitervertretern selbstverständlich nachhaltigst zurückgewiesen. Aus diesem Grunde konnten in einer Anzahl Bezirke die Löhne nicht gemeinsam „errechnet" werden. Auch war es nicht möglich, der Widerstände und Schwierigkeiten wegen, die die Unternehmer machten, den in der Notverordnung genannten Termin des 19. Dezember 1931 einzuhalten. Die Verhandlungen zogen sich bis über die Weihnachtszeit hinaus und sind bei Niederschrift dieser Zeilen, soweit es die Entscheidungen der Schlichter angeht, noch immer nicht überall beendet. Nunmehr sei über die bisherigen Ergebnisse im einzelnen berichtet. Die Nachrichten, die uns erst am 4. Januar zugehen, finden die Kollegen unter der Rubrik „Streiks und Lohnbewegungen".

Ostpreußen.

Hier waren die Unternehmer in ihrer übergroßen „Bescheidenheit" sofort dafür, den Lohn und die materiellen Bestimmungen des Bezirksvertrages weitestgehend abzubauen. Eine ernste Unterredung war mit diesen Leuten nicht möglich. Der Schlichter muß daher über dieses Gebiet befinden.

Pommern.

Hier machten die Unternehmer den gleichen Vorstoß. Sämtliche Zuschläge sollten heruntergesetzt werden. Insbesondere blieben strittig die Löhne für die Hilfsarbeiter, weil die Spanne, die der Reichstarifvertrag vorsieht, in keinem Verhältnis steht zu den Löhnen, die tatsächlich am 10. Januar 1927 gezahlt wurden. Auch hier hat noch der Schlichter das Wort.

Gebiet Grenzmark.

Für dieses Gebiet hat der Schlichter die Löhne vom Januar 1927 festgesetzt und dabei die Spanne der Hilfsarbeiter auf 17 v. H. bemessen. Im übrigen gilt der Bezirksvertrag in seiner bisherigen Fassung.

Schlesien.

In diesem Lohngebiet hatte bekanntlich das Tarifamt bereits früher einen Spruch gefällt; die Unternehmer hatten diesen Spruch widerrechtlich durchgeführt. Die Arbeitervertreter standen also vor einer vollendeten Tatsache, die, obgleich gegen Recht, Treu und Glauben verstoßend, von den Unternehmern als „gültiges Recht" betrachtet wurde. Nachdem die Notverordnung heraus war, hat man in gegenseitiger Aussprache die Neufestsetzung der Löhne auf Grund der Notverordnung vorgenommen. Das betrifft beide Gebiete, also Nieder- und Oberschlesien. Ueber alle Bestimmungen wurde man sich jedoch nicht einig; der Schlichter muß noch über die Tiefbauarbeiterlöhne und Werkzeugzulagen entscheiden.

Berlin und Provinz Brandenburg.

Die Löhne wurden auf Grund der Notverordnung durch den Schlichter festgesetzt. Hierunter fallen auch die Gebiete Kalkberge, Alt-Landsberg, Strausberg und Mittenwalde. Für das Gebiet Berlin-Brandenburg ist besonders bemerkenswert, daß der Schlichter zwar dem Antrage der Unternehmer auf Erweiterung der damaligen Spanne für Bauhilfsarbeiter nicht nachgekommen ist, jedoch die Löhne für Hilfsarbeiter, wenn auch über dem Lohn am 10. Januar 1927, so doch in der Spanne etwas vergrößert festsetzte.

Provinz Sachsen-Anhalt.

Für dieses Gebiet sind die Löhne für alle Berufe in einer Aussprache „festgesetzt" worden. Gleichzeitig wurde beim Reichsarbeitsministerium der Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eingereicht.

Thüringen und Osterland.

Hier wurde die Lohnfrage in gleicher Art erledigt wie für Sachsen-Anhalt. Auch für dieses Gebiet ist der Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eingereicht worden.

Hessen.

In diesem großen Gebiet ist alles geregelt bis auf Gießen. Leider sind die Zuschläge ebenfalls um 10 v. H. gekürzt worden.

Rheinland.

Hier hatten es sich die Unternehmer nicht nehmen lassen, Extraverschlechterungen zu verlangen. Dies führte selbstverständlich zu lebhaften Auseinandersetzungen. Diese erregten Debatten wurden dann fortgesetzt bei dem „Anhören" vor dem Schlichter. Die Stellung des Schlichters für das Rheinland ist insofern bemerkenswert, weil er unter Bezugnahme auf die Möglichkeit, bei besonders andersgearteten Verhältnissen gegenüber 1927 einen Systemwechsel herauszukonstruieren, einfach unter die Löhne von 1927 hinuntergehen wollte. Trotz getrennter Aussprache konnte kein Uebereinkommen erzielt werden. Diesem Schlichter sind auch die Löhne von 1927 noch zu hoch! Es wäre lebhaft zu wünschen, daß dieser Herr im Interesse der Bauarbeiter und damit der Bauwirtschaft mehr Vernunft als bisher walten läßt . . .

Westdeutschland und Siegerland.

Für diese Gebiete wurden die neuen Löhne in einer gemeinsamen Aussprache „errechnet".

Nordwestdeutschland und Braunschweig.

Hier hatte es zunächst den Anschein, als wenn eine erfolgreiche Aussprache die Neufestsetzung der Löhne ergeben könnte. Das scheiterte aber an dem Widerstand der Unternehmer, die den Hilfsarbeitern eine Extralohneinbuße aufzwingen wollten. Es berührt eigenartig, wenn die Unternehmer gerade jetzt so großes Gewicht auf die Einhaltung der Spanne von 17 v. H. legen, wo doch die Unternehmer in anderen Bezirken sich entgegengesetzt einstellten und darauf bedacht waren, auf keinen Fall die Spanne von 17 v. H. beizubehalten. Man wollte also da, wo 1927 die Spanne niedriger war, diese auf 17 v. H. erhöhen, aber in den Gebieten, wo sie über 17 v. H. lag, auf den Stand von 1927 zurückbringen. Bei Erfüllung eines solchen Verlangens kämen die Hilfsarbeiter stellenweise unter den Lohn vom 10. Januar 1927. Daß dies nicht widerstandslos hingenommen werden kann, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Das war auch der Grund, weshalb diese beiden Gebiete vom Schlichter erledigt werden müssen.

Westfalen-Ost und Lippe.

Hier sind die Löhne „errechnet" bis auf den Lohn der Hilfsarbeiter, denen man eine höhere Spanne aufzwingen möchte.

Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Unterweser-Ems (Bremen).

In diesen Gebieten haben die Aussprachen der Vertragsparteien zu keinem Ergebnis geführt, so daß der Schlichter aus „freier Ueberzeugung" entscheiden muß.

Freistaat Sachsen.

Hier glaubten die Unternehmer etwas Besonderes tun zu müssen; sie stellten ihre alten Forderungen, die weit unter den Löhnen von 1927 liegen, ernsthaft wieder zur Debatte. Diesen Unternehmern ist anscheinend das Herz in die Hosen gerutscht, sie haben Angst vor der Verantwortung. Eine Grundlage zur „Errechnung" der neuen Löhne konnte unter diesen Umständen nicht gefunden werden; auch in diesem Falle muß nunmehr der Schlichter für das ganze Gebiet „entscheiden".

Bayern.

Für dieses Gebiet ist die „Neuerrechnung" der Löhne beendet. Den Anträgen der Unternehmer auf Abbau der Lehrlingslöhne und der Zuschläge wurde nicht stattgegeben. Im übrigen wird die Ortsklasseneinteilung weiter beraten.

Württemberg.

Die Löhne wurden in einer gemeinsamen Sitzung neu „errechnet".

Baden und Pfalz.

Hier ist es bisher zu keiner „Errechnung" der Löhne nach der Notverordnung gekommen. Die Unternehmer beharren nämlich auf dem Spruch des Tarifamtes, sie verlangen außerdem die Allgemeinverbindlichkeit eines Spruches, der vor der Notverordnung gefällt wurde und keinerlei Rechtsgültigkeit aufweist, aber in seinen Festsetzungen unter das Maß der Notverordnung herabsinkt. Und das ist den Unternehmern die Hauptsache! Wenn Recht, Treu und Glauben auch nur scheinbar angewendet werden müßten, dann würden die Unternehmer dieses Gebiets den Spruch des Tarifamtes als nicht bestehend anerkennen müssen. Aber wo gibt es bei diesen Leuten noch eine Spur von Recht?! Lohnabbau ohne Maß und Ziel soll es bringen, auch wenn Deutschland darüber zu Grunde geht!

Gegenüberstellung von In- und Auslands-Großhandelspreisen 1929 und 1931.

Wir leben in der Zeit der Preissenkungsaktion. Da wird eine Gegenüberstellung willkommen sein, die zeigt, wo Quellen der ungeheuerlichen Verteuerung der Lebenshaltung zu suchen sind. Bekannt ist, daß in der Zoll- und Liebesgabenpolitik der Reichsregierung zugunsten der Großlandwirtschaft — neuerdings Osthilfe genannt — ein wesentlicher nationaler Verteuerungsfaktor zu suchen ist. Inzwischen hat die Weltwirtschaftskrise besonders schwer die internationale Agrarwirtschaft erschüttert. Alles Mais verbrennen, Kaffee und Getreide ins Meer schütten sowie alle sonstige Vernichtung von Agrarerzeugnissen konnten nicht den Preissturz auf dem Weltmarkt verhindern. Unsere Gegenüberstellungen beziehen sich auf September 1929 und 1931. Für einige Inlands-Großmarktpreise sind in die zweite Tabelle in Kursivzahlen (schräg stehende Zahlen) die neuen statistisch erfaßten Preise aufgenommen worden.

Ware	September 1929				
	Inland		Ausland		
	Menge	Preis ℳ	Markt	Menge	Preis ℳ
Roggen	1 t	186,80	Paris	1 t	160,50
Weizen	„	227,—	London	„	205,30
Hafer	„	171,20	„	„	161,70
Gerste	„	215,40	„	„	213,10
Mais	„	192,20	„		147,90
Zucker	100 kg	43,24	Tschechoslowak.	100 kg	16,43
Ochsen, Rind.	50 kg	55,50	Kopenhageu	50 kg	39,38
Schweine	„	88,40	Chikago	„	48,52
Butter	100 kg	372,40	Kopenhagen	100 kg	358,31
Schmalz	„	127,47	New York	„	112,41
Reis	„	28,70	London		28,07
Kaffee	50 kg	101,12	New York	50 kg	103,01
Tee	1 kg	2,90	London	1 kg	3,83
Kakao	100 kg	98,06	London	100 kg	82,37
Fettförderk.	1 t	16,87	Newcastle	1 t	14,58
Hochofenkoks	„	23,50	Paris	„	26,32
Eisen (Gieß).	„	85,—	Middlesbrough	„	72,88
Stabeisen		141,—	„	„	160,85
Feinblech	„	161,50	„	„	175,93
Kupfer	100 kg	171,14	London	100 kg	170,21
Blei	„	47,75	„	„	50,14
Zink	„	49,73	„	„	49,24
Zinn	„	444,—	„	„	412,42
Aluminium	„	190,—	„	„	191,01
Silber	1 kg	71,38	„	1 kg	64,92
Wolle	„	8,05	„	„	2,63
Baumwolle	„	1,95	Manchester	„	1,95
Rohseide	„	47,65	London	„	50,10
Kunstseide	„	8,25	Mailand	„	6,19
Hanf	„	1,11	„	„	0,97
Jute	„	0,63	London	„	0,63
Petroleum	100 kg	25,70	New York	100 l	21,37
Benzin	100 l	26,—	„	100 l	19,94
Kautschuk	1 kg	1,88	London	1 kg	1,94

Im September 1929 zeigen vielfach die In- und Auslandspreise ungefähr gleiche Höhe. Jedenfalls sind die Abweichungen meistens nicht sehr bedeutend. Der Roggen, der im September 1929 auf dem inländischen Markt je Tonne 186,80 ℳ kostete, wurde in Paris mit 160,50 ℳ notiert; Weizen in Berlin mit 227 ℳ, in London mit 205,30 ℳ. Sogar die Butterpreise waren im September 1929 fast gleich, in Berlin 372.40 ℳ, in Kopenhagen 358,31 ℳ für 100 Kilogramm. Nur Zucker — ein beliebtes Zollobjekt — zeigte starke Abweichungen. In Deutschland wurden 43,24 ℳ gezahlt, in der Tschechoslowakei 16,43 ℳ. Ein ganz anderes Gesicht gewinnt das Bild, wenn man die In- und Auslandspreise zwei Jahre später, also vom September 1931 vergleicht. Unter dem Einfluß der internationalen Währungskrise setzte am 21. September eine verstärkte Abwärtsbewegung ein. Diese Abwärtsbewegung kam allerdings

Ware	September 1931				
	Inland		Ausland		
	Menge	Preis ℳ	Markt	Menge	Preis ℳ
Roggen	1 t	181,— *197,—*	Rotterdam	1 t	72,20
Weizen	„	213,40 *223,50*	„	„	80,70
Hafer	„	137,90 *146,50*	Buenos Aires	„	54,30
Gerste	„	154,30 *168,50*	Rotterdam	„	81,80
Mais	„	56,20 *62,60*	Buenos Aires	„	39,10
Zucker	100 kg	42,30 *41,—*	Tschechoslowak.	100 kg	8,83
Ochsen, Rind.	50 kg	39,10 *37,80*	Kopenhagen	50 kg	23,13
Schweine	„	55,80 *45,—*	Posen	„	28,92
Butter	100 kg	248,92 *214,—*	Kopenhagen	100 kg	224,79
Schmalz	„	83,51 *72,45*	New York	„	73,43
Reis	„	20,— *19,—*	London	„	15,78
Kaffee	50 kg	43,— *42,50*	New York	50 kg	37,04
Tee	1 kg	2,06 *2,02*	London	1 kg	1,05
Kakao	100 kg	47,— *46,—*	London	100 kg	39,31
Fettförderk.	1 t	15,40	Newcastle	1 t	11,60
Hochofenkoks	„	21,40	Paris	„	23,85
Eisen (Gieß).	„	78,—	Antwerpen	„	48,—
Stabeisen		128,—	„		62,83
Feinblech	„	160,—	„	„	74,64
Kupfer	100 kg	71,51 *70,25*	London	100 kg	69,36
Blei	„	22,— *21,—*	„	„	22,38
Zink	„	21,37 *22,25*	„	„	21,56
Zinn	„	239,— *223,—*	„	„	221,21
Aluminium	„	170,—	„	„	166,85
Silber	1 kg	40,12 *43,38*	„	1 kg	35,98
Wolle	„	3,19 *3,13*	„	„	1,92
Baumwolle	„	0,70 *0,73*	Manchester	„	0,70
Rohseide	„	22,10 *22,—*	London	„	23,98
Kunstseide	„	5,20	Mailand	„	5,74
Hanf	„	0,63 *0,63*	„	„	0,55
Jute	„	0,35 *0,33*	London	„	0,32
Petroleum	100 kg	35,60	New York	100 l	18,47
Benzin	100 l	29,50 *27,—*	„	„	15,51
Kautschuk	1 kg	0,41 *0,45*	London	1 kg	0,61

Kursivzahlen = Inlands-Großmarktpreise vom 25. Novemb. 1931 (darunterstehend).
Diese Feststellungen sind „Wirtschaft und Statistik" entnommen

schon in der ersten Oktoberwoche zum Stillstand. Gegen Ende Oktober war sogar für einige Warengattungen, die besonders der Spekulation unterliegen, bei den Preisen eine Aufwärtsbewegung festzustellen. Aber sie wurde durch Rückschläge wieder abgelöst, so daß auf den Getreidemärkten fast ausschließlich eine feste Preistendenz vorherrschte. Einige Vergleiche zeigen, daß sie heute noch entweder auf der Höhe vom September 1931 beharren oder verhältnismäßig nur wenig gestiegen sind. Sehr starke Preisrückgänge zeigten Kolonialwaren, Vieherzeugnisse, Kohle, Kautschuk, Häute und Felle. Ausgangspunkt und stärkste Stütze der neuen Preisbefestigung am Weltmarkt waren die Getreidemärkte. An den Zuckermärkten gingen die Preise unter Schwankungen weiter leicht zurück. Auch die Preise für Tee gaben nach; Kaffee und Kakao hatten im November schon wieder etwas höhere Preise als im September 1931.

Bedeutungsvoller und aufschlußreicher ist ein Vergleich der Preise vom September 1931 mit denen vom September 1929. Da macht man u. a. die Feststellung, daß die Roggen- und Weizenpreise, also die Preise für die Hauptnahrungsmittel der Menschen, immer noch auf der gleichen Höhe wie 1929 stehen, ja daß sie, wie es im Börsenjargon so schön heißt, sogar noch angezogen haben. So kostete der Roggen, der in Berlin im September 1929 je Tonne 186,80 ℳ kostete, im September 1931 um nicht ganz 6 ℳ gesunken war und 181 ℳ kostete, am 25. November 1931 wieder 197 ℳ, überstieg also sogar den Preisstand von 1929! Weizen kostete um ein geringes weniger. Während der inländische Preis sich ungefähr auf der gleichen Höhe hielt, sind aber die Preise auf dem Weltmarkt stark gefallen. Roggen kostete beispielsweise im September 1929 in Paris 160,50 ℳ die Tonne, und im September 1931 in Rotterdam nur 72,20 ℳ, Weizen im September 1929 in London 205,30 ℳ, und im September 1931 in Rotterdam nur 80,70 ℳ. Reis kostete im September 1929 in London 28,07 ℳ, im September 1931 am gleichen Platz 15,78 ℳ; Kaffee in New York im September 1929 je 50 Kilogramm 103 ℳ gegenüber 37 ℳ im September 1931. Der Kakaopreis fiel in London im gleichen Zeitraum von 82,37 auf 39,31 ℳ. Diese Beispiele zeigen zur Genüge, wie stark selbst die Preise für Kolonialwaren auf dem Weltmarkt gesunken sind. Man vergleiche damit den Preisstand in Deutschland! Dann wird man feststellen, wieviel Arbeit es für den Preissenkungskommissar Dr. Goerdeler gibt. Vor allem fällt auf, daß die Brotgetreidepreise in Deutschland allen Preissturztendenzen des Weltmarktes erfolgreich widerstanden haben. Ungefähr dasselbe ist von den Rohprodukten und industriellen Waren zu sagen. Hier haben die internationalen Kartelle ihre „segensreiche" Tätigkeit ausgeübt. Einiges ist zwar auch bei diesen Waren im Preise etwas gesunken, die deutschen Preise sind im gleichen Verhältnis gefolgt; jedoch gibt es in Deutschland Waren, die gegenüber dem Weltmarktpreis sogar noch gestiegen sind. Erwähnt sei Petroleum, das in Deutschland im September 1929 je 100 Kilogramm 25,70 ℳ und auf dem Weltmarkt 21,36 ℳ kostete, dann aber in New York auf 18,47 ℳ sank, in Deutschland jedoch um fast 30 % im Preise stieg, nämlich auf 35,60 ℳ. In der Agrarwirtschaft verhindern in Deutschland die Zölle ein Sinken der Preise sowie eine raffiniert aufgezogene kostspielige Verkaufsorganisation, die mit märchenhaften Zwischenhandelsspannen „arbeitet". Bei den industriellen Waren besorgen die Kartelle diese „Arbeit". So werden riesige Gewinne in die Taschen der Privatwirtschaft geleitet, die große Masse der Käufer hat das Nachsehen.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstags.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat am 17. Dezember die erste Lesung des Referentenentwurfes für ein Reichsstädtebaugesetz abgeschlossen. Es handelt sich hier um ein sogenanntes Rahmen- oder Grundsatzgesetz, das durch Ausführungsbestimmungen der einzelnen Landesbehörden die notwendigen Angleichungen an die zurzeit bestehenden Landesbauordnungen ermöglicht. Die Bauordnungen selbst sind ja nicht nur in allen Ländern, sondern auch zwischen den einzelnen Großstädten stark unterschiedlich. Die Regierung des Freistaates Sachsen, wo augenblicklich über eine Aenderung der Landesbauordnung beraten wird, hat bereits im Landtag gegen den Entwurf eines Reichsstädtebaugesetzes starke Bedenken geäußert; es ist aber gar keine Frage, daß die Schaffung eines Rahmengesetzes für Aufstellung von Bau- und Wirtschaftsplänen, für Bodenbeschaffung und Entschädigungen hierfür schon vor Jahrzehnten notwendig gewesen wäre.

Die Artikel 153 und 155 der Reichsverfassung spielten in den Beratungen eine bedeutsame Rolle. Die politische, wirtschaftliche und finanzielle Not sollte uns heute zwingen, viel rücksichtsloser als in früheren Zeiten in das Privateigentum einzugreifen. Die Bestimmungen des Artikels 153 der Reichsverfassung, wonach Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich Dienst sein soll für das gemeine Beste, ist von den Besitzern bisher in kaum merkbarem Ausmaß als eine Bürgerpflicht anerkannt worden. Nach unserer Meinung sollte der Gebrauch des Eigentums nicht nur individualistisch, sondern kollektivistisch sein, es müßte also einer sozialeren Auffassung des Eigentumsbegriffs Platz gemacht werden. Der stärkste Kampf im Wohnungsausschuß galt daher den Entschädigungsparagraphen, die besonders von wirtschafts- und volksparteilicher Seite stark angegriffen wurden. Nach Artikel 153 der Reichsverfassung muß bei Enteignungen, sofern nicht ein besonderes Gesetz, das allerdings verfassungsändernd wäre, geschaffen wird, eine angemessene Entschädigung geleistet werden. Wie soll nun der Wert eines Grundstückes und die Höhe einer angemessenen Entschädigung ermittelt werden? Die Mehrheit des Wohnungsausschusses hat sich mit der Regierung auf den Standpunkt gestellt, daß bei Ermittelung des gemeinen Wertes das Reichsbewertungsgesetz gelten müsse. Nach § 10 dieses Gesetzes wird der gemeine Wert durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Spekulationsgewinne oder eine Wertsteigerung, die durch die Aussicht auf die Durchführung von Maßnahmen des Reichsstädtebaugesetzes möglich wären, müßten unberücksichtigt bleiben. Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, bei allen Grundstücken, die nicht zu einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und erwerbsgärtnerischen Betriebe gehören und genutzt werden, den Wert nach den Vorschriften des § 56 des Reichsbewertungsgesetzes zu errechnen, fand Annahme. Dieser § 56

besagt, daß Grundstücke, die nach ihrer Lage und den sonstigen obwaltenden Verhältnissen, insbesondere mit Rücksicht auf die bestehenden Verwertungsmöglichkeiten, als Bauland oder als Land für Verkehrszwecke anzusehen sind, mit dem gemeinen Werte zu bewerten sind.

Am Ende der Beratung haben die Vertreter der Volksparteien und der Wirtschaftsparteien grundsätzliche politische Erklärungen abgegeben, was an sich nach der ersten Lesung eines Gesetzes ein Novum darstellt. Man weiß ja nie, was in der zweiten Lesung noch geändert wird, daher entsprach dieser Vorgang nur agitatorischen Zwecken. Sachliche Bedeutung hatte er nur insofern, als Winnefeld von der Volkspartei erklärte, die beschlossenen Enteignungsvorschriften seien zu weitgehend, sie würden zu Härten führen, die seine Partei nicht vertreten könne. Herr Lucke von der Wirtschaftspartei ging noch weiter; in einer schriftlich formulierten Erklärung wandte er sich gegen das Vorkaufsrecht der Gemeinden, sprach für freie Wirtschaft (man denke dabei nur an die Stützung der Berliner Hausbesitzerbanken durch die Reichsregierung — nette freie Wirtschaft!) und meinte, durch die gefaßten Beschlüsse seien die private Wirtschaft und das private Eigentum gefährdet.

Der Referentenentwurf liegt nunmehr bei den Länderregierungen, die bis Mitte Januar der Reichsregierung ihre Stellungnahme mitteilen werden. Am 8. Februar beginnt der Wohnungsausschuß mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes. Wir werden über den Fortgang berichten.

Möglichkeiten für Steuererleichterungen.

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat einen um 10 bis 15 % niedrigeren Lohn diktiert und davon wird neben den Sozialbeiträgen Lohnsteuer, Krisensteuer und Bürgersteuer einbehalten. Insbesondere ist es die Bürgersteuer, die wegen der hohen Zuschläge der Gemeinden zu einer starken, allerdings auf die ersten Wochen des Jahres beschränkten Lohnkürzung führt. Alle Arbeiter müssen die Bürgersteuer entrichten; nur die, die von der Lohnsteuer befreit sind, genießen die Vergünstigung des halben Bürgersteuerbetrages. Als Folge dieser direkten und indirekten Lohnsenkung wird die Zahl der Arbeiter immer kleiner, deren Wochenlohn ein einigermaßen auskömmliches Leben gestattet. Unter diesen Umständen müssen von allen Arbeitern alle erfolgversprechenden Wege zur Erleichterung der Lasten eingeschlagen werden. Solche Möglichkeiten bestehen vor allem bei der Lohnsteuer.

Werbungskosten und Sonderleistungen.

Da es bei der Lohnsteuer nicht möglich ist, wie etwa bei der veranlagten Einkommensteuer, die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen individuell zu berücksichtigen, werden bei den Lohnsteuerpflichtigen vor der Berechnung der Lohnsteuer gewisse feste Beträge als steuerfrei abgesetzt. Dadurch sollen die Einkommensteile, die das Existenzminimum bilden und die für bestimmte Aufwendungen nötig sind, von der Besteuerung ausgenommen bleiben. Der sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag" berücksichtigt das Existenzminimum, während der Pauschsatz für Werbungskosten und Sonderleistungen eine steuerliche Vergünstigung für zweierlei ist. Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Aufrechterhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Diese Aufwendungen macht jeder Lohn- und Gehaltsempfänger. Er hat beispielsweise Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Reparatur von Werkzeugen, sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung und ähnliche. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs notwendig ergeben. Dazu sind demgemäß nicht zu rechnen zum Beispiel Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft des Steuerpflichtigen. Zu den Sonderleistungen rechnen nach dem Einkommensteuergesetz folgende Ausgaben: 1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, 2. Beiträge zu Sterbekassen, 3. Lebensversicherungsprämien, 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung, 5. Kirchensteuer, 6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern und so weiter. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgezählt sind, auch die Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht.

Steuerfreier Lohnbetrag.

Für den steuerfreien Lohnbetrag werden im Jahre 720 M steuerfrei gelassen. Von dem Wochenlohn bleiben also 14,40 M und vom monatlichen Gehalt 60 M steuerfrei. Für Werbungskosten und Sonderleistungen bleibt ein steuerfreier Pauschsatz von 480 M jährlich frei. Das bedeutet, daß vom Wochenlohn 9,60 M und vom monatlichen Gehalt 40 M nicht der Besteuerung unterworfen werden. Zählt man den steuerfreien Lohnbetrag und den Pauschsatz für Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen, so ergibt sich ein gesamter steuerfreier Betrag von 1200 M im Jahre, 100 M im Monat und 24 M in der Woche. Aus der Einrichtung wöchentlicher steuerfreier Beträge ergibt sich schon, daß das steuerfreie Einkommen nur berücksichtigt werden kann, wenn während des ganzen Jahres die Lohnzahlung nicht unterbrochen worden ist. Verliert der Steuerpflichtige seine Arbeit für eine gewisse Zeit, erhält er also nicht in jeder Woche des Jahres seinen Lohn, so ist es unmöglich, den steuerfreien Gesamtbetrag von 1200 M, der sich aus der Summierung der steuerfreien Wochen- oder Monatsbeträge ergibt, in voller Höhe anzurechnen. In dieser Tatsache liegt der Grund für die Lohnsteuererstattungen, die durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 beseitigt worden sind. Diese Erstattungen hatten den Zweck, den Teil des steuerfreien Betrages, der im Laufe des Jahres nicht berücksichtigt werden konnte, nachträglich zu berücksichtigen. Diese Möglichkeit besteht heute nicht mehr.

Nachdem den Lohnsteuerpflichtigen der generelle Erstattungsanspruch wegen Lohnausfall genommen worden ist, bleibt dem einzelnen nur noch die Möglichkeit, eine Erstattung aus Billigkeitsgründen zu erlangen. Diese Möglichkeit bietet sich ihm durch § 131 der Reichsabgabenordnung, der den Finanzämtern die rechtliche Handhabe dafür bietet, in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre, die Erstattung der Anrechnung bereits entrichteter Steuern zu verfügen. Die Lohnsteuerzahler, die im vergangenen Jahre besondere, ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit und Unfällen in der Familie oder sonstige schwere wirtschaftliche Belastungen hatten, können entsprechend § 131 bei ihrem Finanzamt eine Lohnsteuererstattung beantragen. Es handelt sich hierbei allerdings nur um ein Billigkeitsgesuch. Der Antragsteller hat keinen Rechtsanspruch auf Erstattung. Werden solche Anträge abgelehnt, so gibt es keine Möglichkeit, die Erstattung dennoch durchzusetzen. Trotzdem sollte von dieser Möglichkeit ein weitgehender Gebrauch gemacht werden.

Der Weg der Erstattung ist nur ein Weg und noch nicht einmal der aussichtsreichste. Er hat außerdem den Nachteil, erst nachträglich, nachdem die Steuer bereits gezahlt worden ist, eine gewisse Erleichterung eintreten zu lassen. Diesen Nachteil hat die Erhöhung der steuerfreien Beträge für das Existenzminimum und für Werbungskosten und Sonderleistungen nicht. Denn wird eine solche Erhöhung durchgeführt, so gilt sie für den ganzen künftigen Steuerabschnitt und vermindert für diese Zeit den abzuführenden Steuerbetrag. An welche Voraussetzung ist die Erhöhung der steuerfreien Beträge gebunden? Die Erhöhung kann immer dann beantragt werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen, die der Steuerpflichtige für Werbungskosten und Sonderleistungen macht, höher sind als der dafür festgesetzte steuerfreie Pauschbetrag oder wenn der Steuerpflichtige mit gewissen außergewöhnlichen Belastungen rechnen muß, die im allgemeinen nicht eintreten.

Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums.

In diesen letzteren Fällen kann eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums (steuerfreier Lohnbetrag im engeren Sinne), das 720 M jährlich beträgt, beantragt werden. Wenn bei dem Arbeiter besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die seine Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, wenn beispielsweise eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unfälle oder durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, so kann der steuerfreie Lohnbetrag vom Finanzamt erhöht werden. Es ist dazu nötig, daß der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist und, wenn möglich, durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Dem Antrag muß die Steuerkarte, die für diesen Zweck vom Unternehmer ausgehändigt wird, beigelegt werden. — Wird der Antrag vom Finanzamt abgelehnt, so hat der Steuerpflichtige die Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben. Ob eine solche Beschreitung des Rechtsmittelweges zweckmäßig ist, läßt sich nur nach dem einzelnen Fall beurteilen. Da die Zubilligung eines erhöhten steuerfreien Lohnbetrages in das Ermessen der Behörde gestellt ist, es sich also um eine Kannbestimmung und nicht um eine Mußbestimmung handelt, wird die Beschreitung des Rechtsmittelweges nur dann einen Erfolg versprechen, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig war. Wird dem Antrag stattgegeben, so muß die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages vom Finanzamt auf der Steuerkarte vermerkt werden, bevor sie vom Unternehmer berücksichtigt werden kann.

Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen.

Eine Erhöhung des Pauschsatzes für Werbungskosten und Sonderleistungen ist zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M monatlich übersteigen. Wenn also zum Beispiel ein Steuerpflichtiger für Werbungskosten monatlich 25 M ausgibt, für Sonderleistungen dagegen nur 15 M, so wird der Pauschsatz nicht erhöht, weil die 40-Mark-Grenze von Werbungskosten und Sonderleistungen nicht überschritten wird. Erreichen dagegen die tatsächlichen Sonderleistungen den Pauschsatz von 20 M monatlich und betragen die Werbungskosten 25 M, so wird der Pauschsatz um 5 M monatlich erhöht. Um die tatsächliche Höhe der Werbungskosten und Sonderleistungen festzustellen, ist es nötig, daß sich jeder Steuerpflichtige über seine verschiedenen Werbungskosten und Sonderleistungen eine ins einzelne gehende Aufstellung macht. Bei der Aufstellung der Werbungskosten können sich erhebliche Ausgaben der Steuerpflichtigen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, sowie große Aufwendungen für Werkzeuge und Berufskleidung ergeben. Die Ausgaben für die Fahrtkosten können auch in den Unterhaltungskosten für ein Fahr- oder Motorrad bestehen. Wegen höherer Sonderleistungen, die im einzelnen weiter oben aufgeführt worden sind, wird sich eine Erhöhung des steuerfreien Pauschbetrages besonders aus hohen Ausgaben für eine Lebensversicherung (für sich und die Haushaltsangehörigen) oder für Fortbildung im Beruf begründen. Auch andere ungewöhnlich hohe Sonderleistungen begründen den Anspruch auf Erhöhung des steuerfreien Pauschbetrages. Den Ausgaben für die Fortbildung im Beruf sind aber nicht die Ausgaben gleichzusetzen, die für Erlernung eines neuen Berufes gemacht werden. Diese Ausgaben gelten nicht als Sonderleistungen. Ergibt sich aus der Zusammenstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, daß der steuerfreie Pauschbetrag von monatlich 40 M durch die tatsächlichen Aufwendungen überschritten wird, so kann ein Antrag auf Erhöhung des Pauschsatzes an das Finanzamt gestellt werden. Diesem Antrag muß die Steuerkarte für 1932 beigefügt werden, der Antrag muß außerdem eine eingehende Aufstellung der tatsächlichen Aufwendungen und Sonderleistungen enthalten. Quittungen und sonstige Belege für die tatsächlichen Aufwendungen sind nach Möglichkeit beizufügen. Wird dem Antrag entsprochen, so erhält die Steuerkarte einen Vermerk über die höheren steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen, die vor der Berechnung der Lohnsteuer vom Gesamteinkommen abzusetzen sind. Kann der Steuerpflichtige die Höhe seiner tatsächlichen Aufwendungen nachweisen, so muß das Finanzamt diesem Antrag stattgeben. Gegen eine Ablehnung des Finanzamts hat der Lohnsteuerpflichtige die Möglichkeit, Einspruch einzulegen.

Die vorstehend aufgezeigten Möglichkeiten können in viel größerem Umfange, als es bis jetzt geschehen ist, von den Arbeitern und Angestellten wahrgenommen werden. Das ist um so notwendiger, weil das Realeinkommen durch Lohnsenkungen und Besteuerung immer mehr herabgedrückt worden ist. Deswegen müssen alle Wege, die irgendwie zu einem Erfolg führen können, beschritten werden.

Der Vertrauensarzt.

Aengstlich ist die Berufsorganisation der Aerzte bemüht, das Ansehen des Arztes in der Oeffentlichkeit zu wahren. Ein junger Arzt, der bei Begründung einer eigenen Praxis seine nächste Nachbarschaft durch Zirkular davon unterrichtete, wurde mit einer Geldstrafe bedacht, mit der Begründung, daß ein Arzt nicht auf das Niveau anderer, ein Gewerbe treibender Leute herabsteigen dürfe. Dem Ansehen der Aerzte wäre aber doch wohl besser gedient, wenn sich die Aerztekammern mehr mit den ärztlichen Methoden beschäftigen würden, über die bei der Bevölkerung immer wieder geklagt wird, soweit sie mit „Kassenärzten" zu tun hat. Daß schon die Bezeichnung Kassenärzte beim Publikum einen unangenehmen Beigeschmack hat, dürfte selbst den Aerztekammern nicht unbekannt sein. Die Standesvertretung der Aerzte sollte darum besorgt sein, daß die Ursachen dieser Unbeliebtheit möglichst ausgemerzt würden. Redaktionen von Arbeiterzeitungen bekommen viele Klagen und Beschwerden über gewisse Aerztemethoden, die nicht hätten einreißen können, wenn von den Aerzten das sonst so gehütete Standesbewußtsein gewahrt worden wäre.

Einer von Dutzenden Fällen, wie er sich wohl ähnlich alltäglich ereignet: Ein Kollege hatte am rechten Unterschenkel Schmerzen, das Bein schwoll stark an und war mächtig erhitzt. Der Arzt stellte Venenentzündung fest und schrieb ihn krank. Der Vertrauensarzt dagegen schrieb ihn arbeitsfähig. Dagegen erhob der behandelnde Arzt, ein Spezialist für Beinleiden, Einspruch, mit dem Erfolg, daß ein anderer Vertrauensarzt den Kollegen krank schrieb. Aber schon nach wenigen Tagen wurde er wieder arbeitsfähig geschrieben. Bei solchen Aerztekunststückchen ist es verständlich, daß der Kollege verbittert und wahrscheinlich mit großem Recht bemerkt, kein Stabsarzt hätte ihn „bei den Preußen" mit einem derartigen Bein zum Dienst geschickt.

Vor einiger Zeit veröffentlichte der „Vorwärts" den Fall eines Arbeiters, nachdem er dessen Angaben genau geprüft hatte, der es verständlich macht, wenn sich Arbeiter als Kassenmitglieder dem Arzt gegenüber „verraten und verkauft" fühlen. Dieser Arbeiter, dessen Beschäftigung im Heben von 95 Kilogramm schweren Kupferringen bestand, fühlte heftige Schmerzen in der linken Hüfte. Er mußte sich krank melden. Sein Kassenarzt stellte „Influenza" fest (!). Nach zehn Tagen versuchte der Mann wieder zu arbeiten. Es ging nicht. Auf Anraten seines Meisters meldete er „Unfall" an und ging zum „Vertrauensarzt". Jetzt konstatierte der Kassenarzt „Muskelzerrung". Der Kranke ging ins Krankenhaus. Der Aufnahmearzt fragte, was der vorige Arzt konstatiert hätte, und ließ auf dem Aufnahmeschein ebenfalls „Muskelzerrung" notieren. Der Kranke kam in die Chirurgische Abteilung, wo man nichts fand, den Mann aber mit Heißluftbestrahlung und Klopfmassage behandelte — auf eine drei Finger breite Geschwulst an der Hüfte! Der Mann schrie vor Schmerzen dabei und ging nach acht Tagen heim. (Man hätte ihn sonst möglicherweise fotgeklopft!) Wieder mußte er zum Vertrauensarzt, der „nichts fand". Wieder ging der Kranke arbeiten; vier Tage lang hielt er aus. Dann mußte er sich wieder krank melden. Der Sanitätsrat der Berufsgenossenschaft speiste ihn mit den Worten ab: „Das haben Sie schon jahrelang; mit Ihrem Unfall sind Sie abgewiesen." Bei einer Nachuntersuchung schrieb ihn ein Arzt „gesund". Wieder mußte er zum Vertrauensarzt, der ihn in eine Klinik schickte. Auf dem Aufnahmeschein stand: „Zur Beobachtung" — d. h.: wohl ein Simulant. Hier nun aber untersuchte der leitende Arzt den Kranken so, daß er die Tatsache feststellte, daß er eine linke losgerissene Niere habe! Ueber die Diagnosen der anderen Aerzte lachte dieser Arzt nur. Und das waren sechs „Vertrauensärzte" darunter zwei „Fachärzte" der Berufsgenossenschaft! Inzwischen war der Mann wegen „Arbeitsmangel" auch noch entlassen worden.

Solche Fälle sind skandalös. Die Standesvertretung der Aerzte soll sich gesagt sein lassen, daß die öffentliche Meinung andere Maßnahmen von ihr erwartet. Es steht hier das Ansehen der Aerzteschaft wirklich auf dem Spiel, in ganz anderer Weise als durch die Art, wie ein Arzt die Gründung eigener Praxis bekanntmacht. Daß solche Fälle nicht zu verallgemeinern sind, versteht sich von selbst. Die Tatsache aber, daß sie möglich sind und schweigend geduldet werden, ist bedauerlich.

Aufschub der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932.

Entsprechend der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember hat die Reichsregierung am 14. Dezember verordnet, daß die Amtsdauer der nach §§ 18, 19, 51, 54 des Betriebsrätegesetzes gewählten Mitglieder einer gesetzlichen Betriebsvertretung und der nach § 58 des Betriebsrätegesetzes gewählten Betriebsobmänner, die im Kalenderjahr 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, sich um ein Jahr verlängert. Das gilt auch für die Mitglieder der nach § 61 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Betriebsvertretungen. Es gilt nicht für die Mitglieder einer nach § 62 des Betriebsrätegesetzes gebildeten Vertretung der Arbeiterschaft. — Die Vorschriften des § 1 finden keine Anwendung, wenn im Falle der Wahl eines Betriebsrats das Wahlausschreiben (§§ 3, 25, 30 der Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz) am 9. Dezember 1931 bereits erlassen war und der letzte Tag der Stimmabgabe vor dem 1. Januar 1932 liegt oder wenn im Falle der Wahl eines Betriebsobmanns die Wahl vor dem 1. Januar 1932 vollzogen wird.

Die Preise müssen herunter

nachdem die Löhne bereits abgebaut wurden. Die Regierung hat wiederholt erklärt, daß Löhne und Preise zusammen gesenkt werden sollen.

Kollegen

wir haben die Pflicht, jeder an seiner Stelle die strengste Kontrolle auszuüben, ob — und inwieweit die Preise abgebaut worden sind. Aber nicht nur unsere Mitglieder

und deren Frauen

haben diese Kontrolle auszuüben, wir müssen auch dafür sorgen, daß wir selbst, wo es geht, den Entschluß fassen. Als Gemeindevertreter für Verkehrs-, Licht-, Wasser-, Gas-Preisermäßigung eintreten, in den Betrieben dafür wirken, daß die Lohnherabsetzungen auch auf den Rechnungen zum Ausdruck kommen — kurz und gut, wir

müssen mithelfen

daß nicht nur über den Preisabbau geredet, sondern daß auch entsprechend gehandelt wird.

BUNDES-TRIBÜNE

WIE STEHEN WIR ZUR RATIONALISIERUNG?

Das Wort Rationalisierung wird in verschiedenen Bedeutungen gebraucht. Zunächst bezeichnete es einen einmaligen geschichtlichen Vorgang. Als das Deutsche Reich nach der Inflationskatastrophe von 1923 zum stabilen Geldwert zurückkehrte, als mit der Stabilisierung des Geldwertes eine Absatzkrise über die deutsche Industrie hereinbrach, mußte sich die deutsche Industrie auf die veränderten Absatzbedingungen umstellen. Damals lief durch die deutsche Unternehmerschaft und ihre industrielle Bürokratie die Parole: „Unsere Betriebe sind veraltet! Wir sind nicht konkurrenzfähig! Wir müssen unsere Betriebe rationalisieren!" Die deutsche Industrie mußte die technische Entwicklung nachholen, die die Vereinigten Staaten seit 1914 durchlaufen hatten. Und mit der technischen Erneuerung des deutschen Produktionsapparats ging Hand in Hand die Entwicklung der industriellen Gemeinschaftsarbeit, die Einführung der neuen Verfahren zur Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, die Normung und Verwissenschaftlichung der Betriebsführung. Diesen ganzen Prozeß ruckhafter, sprunghafter Anpassung der deutschen Industrie an ihre neuen Existenzbedingungen, der sich in den Jahren 1924 bis 1929 vollzog, faßte man als Rationalisierung zusammen. Dieser Sprachgebrauch wurde auch von anderen Nationen, deren Volkswirtschaft ähnlicher Umstellungsprozesse bedurfte, übernommen.

Die Rationalisierung schuf sich selbst ihren Markt. Da die ganze deutsche Industrie technisch erneuert wurde, da überall neue Betriebsanlagen errichtet, die alten umgebaut und neue Maschinen aufgestellt wurden, war der Bedarf an Baustoffen, Maschinen, Werkzeugen, Eisen sehr groß. Die Industriezweige, die Produktionsmittel erzeugen, hatten guten Absatz. Da sie wachsende Arbeitermassen zu steigenden Löhnen beschäftigten, erweiterte sich auch der Markt der Industrien, die Konsumgüter erzeugen. So wurde im Verlauf des Jahres 1926 die Wirtschaftskrise, die der Stabilisierung der Mark gefolgt war, überwunden. Die Jahre 1926 bis 1928 waren die Jahre der großen Rationalisierungskonjunktur. Es war die Zeit, in der der deutsche Kapitalismus glaubte, durch die Rationalisierung die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Niederlage schnell überwinden zu können; die Zeit, in der der allgemeine wirtschaftliche Optimismus es erleichterte, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter durchzusetzen; die Zeit schneller Hebung der Lebenshaltung des deutschen Volkes; die Zeit der Befestigung der deutschen Demokratie; die Zeit, in der das deutsche Volk der friedlichen Außenpolitik Stresemanns willig Gefolgschaft leistete.

Aber die Rationalisierungskonjunktur mußte bald ihr Ende finden. Sobald die meisten Unternehmungen die technische Erneuerung ihrer Betriebe vollzogen und beendet hatten, mußte der technische Umgestaltungsprozeß langsamer fortschreiten. Damit mußte der Bedarf an Produktionsmitteln sinken, eine Absatzstockung in den Produktionsmittelindustrien eintreten. Die Entlassung großer Arbeitermassen in den Produktionsmittelindustrien mußte auch den Geschäftsgang der Konsumgüterindustrien verschlechtern. So setzte 1929 eine schwere Wirtschaftskrise ein. Der Rationalisierungskonjunktur folgte die Rationalisierungskrise. Die Unternehmungen, die in den Jahren 1924 bis 1928 ihre Betriebsanlagen gewaltig ausgebaut, ihre Erzeugungsfähigkeit bedeutend vergrößert hatten, sahen nun, daß sie die Warenmengen, die sie zu erzeugen vermögen, nicht abzusetzen, die neuen Betriebsanlagen, die neuen Maschinen nicht auszunützen vermochten. Der Rationalisierungsoptimismus schwand. Man begann zu klagen, die Rationalisierung sei überhastet und übertrieben worden, sie sei in vielen Fällen eine „Fehlrationalisierung" gewesen. Der Glaube, durch die Rationalisierung die Wirkungen des Krieges überwinden zu können, schwand. Die Enttäuschung wendete sich gegen die Demokratie, die die Volkswirtschaft nicht wieder herzustellen verstehe, gegen die Arbeiterklasse, deren Löhne allzu hoch gestiegen seien, gegen die Verständigungspolitik, die den Siegermächten feige hohe Tribute aus dem Ertrag der deutschen Arbeit zugestanden habe. Eine Welle nationalistischer, antidemokratischer Reaktion ergoß sich 1930 über das Reich. In ähnlicher Weise schwand auch in den anderen Ländern die Freude an der Rationalisierung. Hatten die Vereinigten Staaten eben erst ihren Glauben an die Triumphe der Rationalisierung bekundet, als sie Herbert Hoover, den Schöpfer der Rationalisierungsorganisation zum Präsidenten wählten, so schwand seine Volkstümlichkeit, als auch dort im Herbst 1929 die Rationalisierungskonjunktur in die Rationalisierungskrise umschlug.

Der geschichtliche Sinn der Rationalisierung war die Anpassung der durch den Krieg und die Inflation hindurchgegangenen Volkswirtschaften an die neue, durch die Rückkehr zum beständigen Geldwert bestimmte wirtschaftliche Lage. Die Rationalisierung in diesem ursprünglichen Sinn ist seit 1929 beendet. Und mit ihr gehören auch die sie kennzeichnenden ideologischen Begleiterscheinungen, die überschwengliche Bewunderung des „amerikanischen Wirtschaftswunders", die überschwengliche Illusion, daß die „neue industrielle Revolution" dauernde Prosperität sichern, die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in stetigem Aufstieg heben und alle Uebel der kapitalistischen Produktionsweise heilen werde, bereits der Geschichte an.

Aber ist die „revolutionäre" Entwicklungsphase der allgemeinen, ruckhaften Umstellung der Produktion schon vorüber, so haben in dieser Phase Entwicklungen eingesetzt, die über sie hinaus weitergehen und weitergehen werden.

Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.

„Die Rationalisierung ist schuld an der großen Arbeitslosigkeit." Es ist nicht zu bestreiten, daß durch Technisierung und Verbesserung der Arbeitsvorgänge, durch Einführung neuer Maschinen und weitere Verdrängung der Handarbeit unzählige Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind. Wenn aber die Betriebe technisch auf dem Stand der vorigen Jahrhundertwende ständen, wäre dann die Not geringer? Jede Konkurrenz mit technisch höher entwickelten Industriestaaten wäre dann völlig ausgeschlossen! Wir müssen aber Güter ausführen, um Gegenwerte für die notwendigen Unterhaltsmittel zu haben. Andererseits: Wenn jeder Schuh — wie früher — mit der Hand hergestellt würde, würden wir genau wie in Großvaters Tagen Zeit unseres Lebens in Holzschuhen laufen, und das eine Paar Sonntagschuhe müßte für Jahre reichen. Nichtausnützung des technischen Fortschritts würde also Stillstand und kulturellen Rückschritt bedeuten Rationalisierung ist notwendig. Maßgebend ist nur, wie rationalisiert wird. Rationalisierte Wirtschaft soll eine auf Vernunftgründen aufgebaute und geleitete Volks- und Weltwirtschaft sein. Zur Wirtschaft gehört auch der Verbraucher. Wird eine neue Maschine in den Dienst der Produktion gestellt, lediglich um Arbeiter brotlos zu machen, dann ist das ein Hohn auf die Rationalisierung. Der größte Verbraucher sind die Millionen Arbeiter und Angestellten. 85 % der Erzeugnisse müssen auf dem Inlandmarkt abgesetzt werden, nur 15% gehen ins Ausland. Zerschlägt die Rationalisierung die Massenkaufkraft, den Binnenmarkt, dann wird die Maschine — eigentlich bestimmt, den Menschen Hilfsdienste zu leisten — zum Fluch.

Hcrm. Kirchoff, Duisburg.

Ehrliche Kritik an der Rationalisierung muß geleitet sein vom Rationalismus, vom Glauben an die Vernunft der Menschheit. Wenn die Gesellschaft nicht impulsive Kraft in sich trüge, würde es keinen Fortschritt mehr geben. Wir hätten dann Stillstand, was gleichbedeutend ist mit Schrumpfung bis zum Untergang der Gesellschaft. Der Rationalismus war der starke Antrieb, der die Menschheit durch die Jahrtausende in langsam aufsteigender Linie (die einzelnen Rückschlagszeiten können wir dabei nur als ein Mittel zum Zweck bewerten) bis zur heutigen hochkapitalistischen Epoche führte. Wollten wir versuchen, das Zahnrad der Zeit zurückzudrehen, es gelänge uns nicht, weil es eine Bewegung im Sinne der Gesellschaft ist.

Angesichts der ungeheuren Mißverhältnisse und der Schäden aus der Rationalisierung sind für uns zwei Fragen brennend: Wie merzen wir die Ungleichheiten aus und in welcher Richtung haben wir die Wirtschaft zu beeinflussen? Die Schwierigkeiten und Schiefheiten des heutigen Zustandes können nur durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel überwunden werden, durch den Willen zum Kollektivismus. Im Verfolg der Rationalisierung haben wir auch die derzeitige politische Krise zu beachten. Wollen wir möglichst bald einige echte Früchte der schließlich doch die menschliche Kultur hebenden Rationalisierung ernten, dann ist dies nur auf dem Boden einer demokratischen Staatsform möglich. Damit scheiden wir uns schärfstens von der Irrlehre des Nationalsozialismus. Er will nicht den Weg der Vernunft!

Arthur Bartz, Steele.

Das Statistische Reichsamt hat festgestellt, daß von 1925 bis 1928 allein durch Rationalisierungsmaßnahmen 2 Millionen Arbeiter vom Produktionsprozeß ausgeschlossen wurden. Die Produktion aber ist ganz erheblich gestiegen. Trotzdem ist der Absatz an Waren zurückgegangen, weil die Kaufkraft der breiten Masse zu schwach und der ausländische Absatzmarkt durch stärkere Konkurrenz sehr eingeengt ist. Einen Teil Schuld daran trägt die deutsche Zollpolitik. Die Rationalisierung ist ohne Rücksicht auf das Volksganze durchgeführt worden. Die Wirtschaftsführer kümmern sich weder um Absatz noch um Arbeitsmöglichkeiten. In der Zigarettenindustrie wurden beispielsweise durch Handarbeit von einer Person wöchentlich 10 000 bis 15 000 Stück Zigaretten hergestellt, die Maschine dagegen liefert in der gleichen Zeit 300 000 bis 400 000 Stück. Dadurch wurden Arbeitskräfte in großer Zahl freigesetzt. Richtige Rationalisierung ist Ausschaltung aller Leerläufe im Wirtschaftsprozeß, wodurch die Unkosten herabgesetzt, die Produktion gesteigert und verbilligt wird. Solche Vorteile sind zu begrüßen. Auch die körperlichen Erleichterungen, die durch die Maschinenarbeit für den Arbeiter eintreten, sind zu begrüßen. Die technische Entwicklung kann nicht aufgehalten werden. Aber es müßten durch die Rationalisierung die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt und die sozialen Einrichtungen verbessert werden. Die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben muß ausgebaut und der Arbeiterschutz dauernd gefördert werden. Wir dürfen nicht gegen den technischen Fortschritt kämpfen, sondern nur gegen unsoziale Rationalisierung.

Erich Barufe, Chemnitz.

Die „andere Seite" der Rationalisierung.

Rationalisierung! Wohl selten hat sich der Kurswert eines Wortes so rasch in sein Gegenteil verkehrt. Erst einige Jahre ist es her, daß man die Rationalisierung als goldene Münze schätzte, weil sie allgemeinen Wohlstand verhieß. Heute liegt sie auf dem Kehrichthaufen. Alle Hoffnungen blieben unerfüllt. Die Spannung war so groß, aber nie hat die Menschheit in so großem Krampf gelebt wie heute. Wie konnte es dahin kommen, daß die Fortschritte der Technik, die die menschliche Arbeit erleichtern sollte, die Menschheit in die Not hinabzerrt? Weil im Zuge der Rationalisierung der schreiende Kontrast zwischen technischer und sozialer Entwicklung offenbar geworden ist. „Rationalisierung" ins Deutsche umgedeutet heißt vernunftmäßige Gestaltung der Produktion. Aber die Praxis zeigt uns, daß der Mensch rücksichtslos zu größten Anspannungen angehalten wird. Die menschliche Arbeit ist nicht rationalisiert, sondern nur intensiviert. Der technische Produktionsapparat wurde ausgerüstet auf größere Ergiebigkeit, schnelle Maschinen wurden durch schnellere, leichte durch noch leichtere, Halbautomaten durch Vollautomaten ersetzt. Noch leistungsfähige Maschinen wanderten als Schrott in die Hochöfen. Ist das Rationalisierung, vernunftgemäße Gestaltung der Produktion? Nein, es ist ein zum System erhobener Zerstörungs- und Vernichtungsprozeß. Der Markt bietet keinen Absatz, die Lager sind bis zum Bersten gefüllt. Aber die Preise werden hochgehalten, das Leben der Völker immer mehr eingeengt. Durch die Rationalisierung ist die Arbeitslosigkeit ins Ungeheuerliche gestiegen. Die Maschine hat die Arbeitsplätze vieler Arbeitsloser eingenommen. Wo liegt der Ausweg? Die Heilmethode der herrschenden Klasse ist: Lohnabbau. D i e s e r Rationalisierung gilt es Halt zu gebieten! Sie ist lediglich Technisierung, ohne Rücksichtnahme auf die untere Klasse.

Heinz Baumann, Münster i. W.

Um auf dem Baumarkt konkurrenzfähig zu bleiben, werden auch alle Klein- und Mittelbetriebe — rund 84 000 an der Zahl — in denen fast die Hälfte aller Bauarbeiter beschäftigt sind, bestrebt sein müssen, immer mehr Maschinen in den Dienst zu stellen. Wer nicht mitmacht, wird auf der Strecke bleiben. Wie sich die Maschine auf dem Baumarkt auswirkt, zeigt Nr. 21/22 der „Sozialen Bauwirtschaft". Dort befindet sich ein Schaubild, das folgendes zeigt: 1925 haben insgesamt 15 500 Beschäftigte für 68 429 966 Mark Arbeiten ausgeführt und 1930 ebenfalls 15 500 Beschäftigte für 120 243 623 Mark. Das ist, bei gleicher Beschäftigtenziffer, eine Steigerung des Umsatzes um etwa 75%. Würde man die Zahl der Beschäftigten im gleichen Verhältnis steigern, dann würde sich für 1930 die Zahl von rund 27 000 Beschäftigten ergeben. Selbst wenn man berücksichtigt, daß wertmäßiger Umsatz und mengenmäßiger Umsatz nicht das gleiche ist, müßten etwa 10 000 Arbeiter durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung wieder in die Betriebe gebracht werden. Wenn die Arbeitszeit nicht weit unter acht Stunden verkürzt wird, wird es nicht möglich sein, die durch die Rationalisierung freigesetzten Menschen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen.

Heinr. Schmidt, Maurer, Bremen.

Vor der Kriegszeit wurden alle Baustoffe heraufgeschleppt; nur einige Weltfirmen hatten Maschinen. In der Nachkriegszeit hat jeder Krauter einen Motor, größere Unternehmungen haben die mannigfaltigsten Maschinen. Gewiß, für den Arbeiter ist die Arbeit leichter gemacht worden, aber die Belegschaft ist verringert. Pflicht der Allgemeinheit ist, für die schuldlosen Opfer der Rationalisierung einzutreten. In einem Betrieb in Sagan wurden durch 14 Lisona-Maschinen zu je 30 Spindeln = 420 Spindeln, 22 Spulmaschinen zu je 20 Spindeln = 440 Spindeln verdrängt. Bei den 22 Spulmaschinen waren 88 Frauen beschäftigt, bei den 14 Lisona-Maschinen werden 28 Frauen benötigt. In den Baumwollwebereien ist es nicht besser Früher bediente hier ein Weber 4 Stühle, jetzt werden schon 32 Stühle bedient, man will sogar die Zahl auf 52 erhöhen.

Gerhard Willeke, Aachen (Rhld.).

Der Sinn der Rationalisierung ist, mit den geringsten Mitteln immer höchste Leistung und größten Nutzen zu erzielen. Diesen Nutzen planmäßig im gesamten Volk richtig zu verteilen, wäre ein Segen für alle. Wir sind für gesunde und wirtschaftsfördernde Rationalisierung zum Wohle der Gemeinschaft. Arbeitszeit und Lohnhöhe müssen der Rationalisierung das Gleichgewicht halten.

Josef Eisenkopf, Maurer, Köln.

Rationalisierung, ein Schrittmacher des Sozialismus.

Ist es für die Arbeiterklasse von Vorteil, wenn wir die Rationalisierung abstoppen, oder ist es besser, daß man die Dinge ihren natürlichen Entwicklungsgang gehen läßt? Abstoppen? Ein Ja kann es für uns nicht geben, weil wir, bauend auf die Kenntnis der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze, damit dem sich selbst ins Verderben rennenden Kapitalismus eine Atempause geben würden. Und weil wir keine Nazi-Reaktionäre sind, die dem technischen Fortschritt zum Trotz zur handwerksmäßigen Produktion zurückgehen möchten, stehen wir grundsätzlich auf dem Standpunkt der Rationalisierung. Das Proletariat wird allerdings Opfer zu bringen haben, aber die Rationalisierung beschleunigt den Niedergang des Kapitalismus; denn Maschinen bringen keinen Mehrwert. Es klingt paradox, daß gerade der Kapitalismus zur Maschine drängt. Hier hat man eben einen jener Widersprüche, an denen er scheitern wird.

Karl Jöhnck, Kiel.

Trotz aller schlimmen Begleiterscheinungen fördert die Rationalisierung die zum Sozialismus drängenden Kräfte. Unsere Aufgabe kann es deshalb nicht sein, die Rationalisierung zu hemmen, vielmehr müssen wir ihre schlimmen Auswirkungen beseitigen. Das kann geschehen, wenn die menschliche Arbeitskraft aus dem Rationalisierungsprozeß herausgenommen wird, daß nicht der Mensch zum Diener der Maschine, sondern die Maschine der Menschheit untertan wird Dazu ist es notwendig, daß die Produktionsmittel nicht Privateigentum einer Klasse bleiben, sondern in Allgemeingut übergeführt werden. Dafür gilt es, sich einzusetzen!

Andr. Heuberger, Amberg.

Alle Geistesarbeit zur Verbesserung der Maschinen und der Technik soll doch der Erleichterung der Menschheit dienen. Die Menschen sollen die Maschinen beherrschen, sollen durch sie in den Genuß verkürzter Arbeitszeit kommen, damit sie Zeit gewinnen, um teilzunehmen an den Kulturgütern. Das wäre die bessere Seite der Rationalisierung. Die aber ist noch nicht zur Geltung gekommen und wird im Profitkapitalismus auch nie zur Geltung kommen. Die Rationalisierung hat uns bisher nur Elend gebracht. Dessenungeachtet sind wir nicht rückständig und wollen die Maschinen vernichten.

Dünnebier, Zittau.

Die Opfer der Rationalisierung sind gewiß schwer, aber die Krise wäre tausendfach schwerer, wenn nicht die deutsche Wirtschaft rationalisiert wäre. Die Rationalisierung bietet uns ein neues Feld für gewerkschaftliche und soziale Tätigkeit. Verkürzung der Arbeitszeit auf der ganzen Linie!

Heinr. Christmann, Unna (Westf.).

Rationalisieren im Sinne planvoller Technisierung der Produktion befürworten wir, weil so die Möglichkeit gegeben ist, mehr Güter zu erzeugen und die Kulturbedürfnisse der Menschen zu steigern Was sich in den kapitalistischen Betrieben abgespielt hat, war keine Rationalisierung, sondern ein planloses Investieren von Geldern in modernen Maschinen. Diese Gelder fehlen heute der Wirtschaft, sie sind „festgefroren". Wenn wir schon die fort-

schreitende Technik nicht verhindern können, so muß unser Ruf nach höheren Kulturbedürfnissen immer lauter werden.

Jugendabteilung Hamborn. I. A.: Karl Heiber.

Leider hat der Kampf um den Arbeitsplatz vielen Arbeitern den klaren Blick für die Rationalisierungsprobleme genommen. Sie erkennen nicht mehr was ist, um daraus schlußfolgern zu können was wird. Wäre es sonst denkbar, daß ein Stadtrat — wenn es auch ein Nazi ist — fordert: „Zurück zum Handwebstuhl!", und daß es Arbeiter gibt, die darauf hineinfallen?

Karl Bieler, Crimmitschau.

Mensch und Maschine.

Fast hat es heute den Anschein, daß die Erkenntnis von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der Rationalisierung irrig ist. Wir haben aber eine Fehlrationalisierung. Wenn man glaubt, sagen zu müssen, die Maschine verdränge den Menschen, so unterstellt man die Subjektivität des Menschen der Objektivität der Maschine; Grundlegend ist aber doch, daß die Maschine der Menschheit als Werkzeug dienen soll. Es wäre geradezu phantastisch, sich gegen die naturbedingt fortschreitende Technik zu stellen. Es gilt nicht, gegen die Rationalisierung vorzugehen, unser Kampf gilt den unsozialen Auswirkungen. Kapitalistische Planlosigkeit und kapitalistische Einkommenverteilung sind zu bekämpfen, nicht der technische Fortschritt!

W. Blünnecke, Quedlinburg.

Wir dürfen nicht verkennen, daß die Rationalisierung eine Voraussetzung zivilisatorischen Fortschritts ist. Die heutige Ueberproduktion durch die Rationalisierung beweist, daß die Rationalisierung dem heutigen System über den Kopf gewachsen ist.

Hans Regel, Maurer, Trier.

Es ist häufig darüber gesprochen worden, daß wir uns aus volkswirtschaftlicher Notwendigkeit zur Rationalisierung bekennen, daß sie durchgeführt werden muß, um mit dem Ausland konkurrenzfähig zu sein. Deshalb haben wir die Rationalisierung nicht bekämpft. Aber wir bekämpfen die Fehlrationalisierung, die gerade in den letzten Jahren einen übergroßen Raum eingenommen hat.

Fr. Kramer, Wismar.

Ratio-Vernunft!?

Die Rationalisierung reicht zurück bis ins Altertum; wir können schon deshalb nicht ihr Gegner sein. Würde sie sich zum Segen der Arbeiterschaft auswirken, könnten wir die Rationalisierung nur begrüßen. Vernünftiger Rationalisierung, die den Bedürfnissen der Arbeiterschaft gerecht wird, stimmen wir zu, aber die heutige Art der Rationalisierung müssen wir ablehnen.

Boller, Hamburg.

Wäre die Wirtschaft nicht rationalisiert, hätte die Krise der Arbeiterschaft noch viel größere Opfer gekostet als jetzt. Die große Zahl der Erwerbslosen dürfen wir nicht allein als eine Folge der Rationalisierung ansehen. Die Krise hat noch sehr viele andere Ursachen. Die Rationalisierung hat es ermöglicht, Güter, die früher nur der oberen Schicht zur Verfügung standen, der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Nur der innere Widerspruch im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist es, der die Erträge der Rationalisierung ungleich verteilt. Wir stützen die Rationalisierung, um ein technisch vollkommenes Wirtschaftssystem in die sozialistische Wirtschaft zu überführen.

Willi Strohwig, Bauhilfsarbeiter, Berlin-Mahlsdorf.

Wir wünschen, daß das Arbeitstempo der Maschine durch Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung des Reallohnes auch dem Proleten zugute kommt.

Joh. Sattler, Koblenz.

Als Freigewerkschafter muß man für Rationalisierung sei. Wäre man nicht dafür, so ist man Rückschrittler; wir aber wollen Fortschrittler sein. Die Rationalisierung darf nicht dem Privatkapitalismus zugute kommen, sie muß die menschliche Arbeitskraft schonen, die Arbeitszeit verkürzen und nicht Arbeitskraft freisetzen. Rationalisierung muß preissenkend wirken.

Heinrich Hoffmann, Pr.-Holland.

Rationalisierung und Sozialismus.

Unsere Generation hat die Rationalisierungskonjunktur mit all ihren überschwenglichen Hoffnungen erlebt. Der „Fordismus" erschien ihr als die Lösung aller Probleme!

Ueber diese Generation ist dann die Rationalisierungskrise hereingebrochen. Sie hat es erlebt, daß der gewaltigen Entwicklung der Landwirtschaft eine schwere Agrarkrise, der „neuen industriellen Revolution" beispiellos ausgedehnte Arbeitslosigkeit, der höchsten Steigerung der Produktivität der Arbeit schwere Not in Stadt und Land gefolgt ist. Sie sieht, daß unsere Gesellschaft fünfzehn Millionen Arbeiter nicht beschäftigen kann, obwohl die Maschinen da sind, an denen sie arbeiten könnten, obwohl sich die Rohstoffe, die sie verarbeiten könnten, in den Speichern häufen, obwohl ungezählte Millionen das Notwendigste entbehren.

Der Glaube dieser Generation an den Kapitalismus ist erschüttert. Aber wohin soll sie sich wenden, wenn sie den Glauben an den Kapitalismus verliert? Zum Sozialismus? Der Sozialismus ist unserer Zeit nicht mehr abstrakte Idee, nicht mehr Vision, nicht mehr Utopie. Der volkreichste Staat der weißen Rasse ringt seit dreizehn Jahren um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Aber wenn sich die im Glauben an den Kapitalismus erschütterten Menschen der Sowjetunion hinwenden, sehen sie dort überaus niedrige Lebenshaltung, schwere Entbehrungen, brutale Gewaltherrschaft, blutigen Terror.

So steht die Generation ratlos da. Sie sieht keinen Ausweg. Sie flieht in die Romantik des faschistischen Abenteuers, der nationalistischen Kriegsträume, des metaphysischen Wortgepränges.

Gibt es einen Ausweg? Wo ist der Ausweg? . . .

Die Rationalisierung hat alle inneren Widersprüche des Kapitalismus entfaltet und verschärft. Sie hat in wenigen Jahren eine beispiellos schnelle Umwälzung der Technik, der Arbeitsverfahren, der Wirtschaftsmethoden durchgeführt. Aber dieser gewaltige technische Fortschritt — er endet in der schwersten, ausgedehntesten Wirtschaftskrise. Die riesenhafte Steigerung der Produktivität der Arbeit hat unerhört große Massen der industriellen Arbeiterschaft in das Elend der Arbeitslosigkeit, sie hat die ganze Landwirtschaft der Welt in die schwerste Krise gestürzt. Die niedrige Lebenshaltung der Volksmassen steht in schreiendem Widerspruch zu der auf das höchste gesteigerten Produktivität ihrer Arbeit. Diese Erfahrung ruft die Auflehnung der Massen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem hervor. Die Rationalisierung der Betriebe fordert die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung, die die methodische Anwendung der Wissenschaft zur Steigerung der Produktivität der Arbeit verwandeln soll aus einer Ursache der Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit in das Mittel, den Wohlstand aller zu heben und die Arbeitsbürde aller zu erleichtern. Die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung kann nur errungen werden im Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. Aber ob und wann, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln die Arbeiterklasse die Rationalisierung der Gesellschaftsordnung durchzuführen vermögen wird, wird abhängen einerseits von dem Gelingen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, andererseits von der Behauptung der Demokratie in Europa.

Otto Bauer in „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg".

Gegen Typisierung.

Vom Standpunkt des Handwerks ist im Baugewerbe besonders die Typisierung zu verwerfen. Sehen wir uns die Wohnungsbauten der Nachkriegszeit an: Arm an Plastik und schönen Formen. Alles soll die Farbe ersetzen. Das wirkt wie Schminke; nach ein paar Jahren ist die Herrlichkeit vorbei.

Herm. Reichardt, Fliesenleger, Nürnberg.

Die Rationalisierung fördert in erster Linie das Akkord- und Antreibesystem. Die Maschine treibt den Menschen an; er aber geht früh zugrunde. Man würde die Rationalisierung gutheißen, wenn allgemein die Vierzigstundenwoche die Folge wäre und die aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschalteten wenigstens zum großen Teil wieder eingestellt würden. Die Rationalisierung im Baugewerbe führt zwar auch zur Erleichterung, aber gleichzeitig wird das Arbeitstempo gesteigert. Heute ist die Rationalisierung nichts anderes als ein Ausbeutungssystem.

Erich Polenska, Jugendleiter.

Rationalisierung, ein Zeichen des sterbenden Kapitalismus.

Falsche Rationalisierung, die Art der Produktion und die Errungenschaften der Technik führten zur Weltwirtschaftskrise. Was helfen aber alle Maschinenstürmer, die Wirtschaft ist durch ein falsches Wirtschaftssystem lahmgelegt und wartet auf Ablösung durch ein neues, auf sozialen Grundlagen aufgebautes Wirtschaftssystem.

Hans Aufhammer, Georgensgmünd b. Nürnberg.

Die feindliche Stellung der Arbeiterschaft zur Frage der Rationalisierung wird aller Voraussicht bestehen bleiben, weil Rationalisieren auf absehbare Zeit eine Sache der Besitzenden ist, und der Arbeiterschaft die Vorteile vorenthalten werden.

Stefan Zeller, Gipser.

Kein Maschinenstürmertum!

Mit einem trockenen und einem nassen Auge sehen wir der Rationalisierung zu. Aber weil uns die Maschine die Arbeit erheblich erleichtert, wäre es falsch, sie zu zertrümmern. Selbst wenn hier und da Maschinenstürmer mit Erfolg „arbeiten" würden, so wären doch die zertrümmerten Maschinen in ganz kurzer Zeit wieder da. Den Siegeszug der Maschine halten wir nicht auf. Nicht Abbruch, sondern Aufbau im sozialistischen Sinne muß unsere Losung sein. Trotz der Krise!

Hans Knüppel, Borgfeld b. Bremen.

Es wäre verkehrt, sich der maschinelltechnischen Entwicklung entgegenstemmen zu wollen; wir müssen darauf bedacht sein, daß sich diese Entwicklung zum allgemeinen Nutzen auswirkt. Die Arbeitszeit muß den Verhältnissen angepaßt und so heruntergesetzt werden, daß die durch die Rationalisierung brachgelegten Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden.

Heinrich Bregel, Speyer a. Rh.

Sabotage ist Blödsinn, sie bringt den Arbeitern und den Organisationen nur Schaden. Wenn sich die Arbeiter nicht die Betriebsdemokratie nutzbar zu machen verstehen, werden sie Objekte der Rationalisierung sein. Wollen die Arbeiter die Rationalisierung beeinflussen, dann müssen sie sich volks- und betriebswirtschaftliche Kenntnisse aneignen. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, dann bieten sich weitere Möglichkeiten für gewerkschaftliche und soziale Tätigkeit. Beispielsweise Verteilung der Arbeit unter Berücksichtigung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten des Arbeiters, Aufnahme eines größeren Teiles arbeitsbeschränkter Menschen in die Betriebe. Unser Kampf um die Lohnhöhe wird in der rationalisierten Wirtschaft zu einem Kampf um die Preishöhe. In einer solchen Wirtschaft bringt die Rationalisierung allen Menschen Vorteile.

F. Schmidt, Köln.

Obwohl sich die kapitalistische Gesellschaft in der Rationalisierung eine Waffe gegen die Arbeiterschaft geschaffen hat, muß anerkannt werden, daß die Technik vorteilhafte Erleichterungen gebracht hat. Angenommen, man schaltete sämtliche Maschinenarbeit aus, so könnte man trotzdem dem Millionenheer unserer Arbeitslosen keine Beschäftigung geben; dafür bürgt die widersinnige kapitalistische Wirtschaft.

Arno Walther, Gera-Reuß.

Der Rationalisierung muß Arbeitszeitverkürzung folgen.

Naturgemäß müßte durch Rationalisierung eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne eintreten, weil durch die gesteigerte Arbeitsleistung mehr Werte erzeugt werden. Die Arbeitszeit ist aber nicht verkürzt worden. So wird die kapitalistische Rationalisierung für die Arbeiterklasse zum Fluch. Trotzdem können wir die Rationalisierung nicht grundsätzlich verneinen. Wir begrüßen jeden Fortschritt in der Produktion. Aber die Arbeiterklasse muß kämpfen um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, damit auch ihr ein Teil des Fortschritts der kapitalistischen Rationalisierung zugute kommt.

Max Griebl, Bauhilfsarbeiter, Stettin.

Soll sich die Rationalisierung für die arbeitenden Massen zum Segen auswirken, müssen wir bestrebt sein an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Plan- und Bedarfswirtschaft zu setzen. Nur wenn die arbeitenden Massen genügend Einfluß auf die Produktion und die Rationalisierung haben, wird man die Rationalisierung fördern müssen. Der Sinn der Rationalisierung muß sein: Verkürzung der Arbeitszeit und Verbilligung des Produkts.

Paul Sommersell, Hamburg.

Liegt es für den Proleten nicht nahe, die Technik wie im Zeitalter der Maschinenstürmer zu bekämpfen? Nein, wir wollen teilhaben an dieser Entwicklung.

Das erfreulich rege Interesse, das der „Bundes-Tribüne" entgegengebracht wird, fand bei diesem Thema seinen Ausdruck in einer sehr großen Anzahl von Zuschriften. Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß nur ein Teil beim Abdruck berücksichtigt werden konnte. Unter denen, die nicht berücksichtigt werden konnten, befanden sich auch nicht unbeachtliche Aeußerungen von solchen Kollegen, die bereits ein- oder mehreremal in der „Bundes-Tribüne" zu Worte gekommen sind. Sie haben fast alle zurückstehen müssen. — Keiner unserer Freunde ist und konnte auch nicht, wie es ja in der Natur der Sache liegt, ungekürzt zu Worte kommen. Trotzdem hoffen wir, daß nicht nur sich niemand die weitere Mitarbeit verdrießen läßt, sondern daß der Mitarbeiterkreis noch größer wird.

Die Schriftleitung.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 14. Dezember 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Berichtende Baugewerkschaften	Mitgliederzahl am Wochenschluß	Maurer	Feuerungs- und Schornsteinmaurer u. Helfer	Poliere, Schachtmeister	Zementfacharbeiter	Zementarbeiter, Flechter, Bieger	Dachdecker und Hilfsarbeiter	Stuckgruppe und Hilfsarbeiter	Glaser	Ofenformer	Ofensetzer	Scheibentöpfer	Steinzeugarbeiter	Töpfereihilfsarbeiter	Fliesenleger
Königsberg	7	14530	5017	5	194	55	113	130	152	8	8	279	—	—	20	26
Danzig	1	3548	1010	—	14	8	5	65	24	—	—	92	—	—	—	9
Stettin	61	14679	6804	20	91	49	65	225	158	16	21	245	—	—	33	27
Breslau	41	36789	14045	43	466	203	87	347	150	51	221	607	142	201	241	75
Berlin	60	49203	20167	74	293	372	516	593	1179	365	205	997	18	18	190	366
Magdeburg	42	26772	12665	48	156	32	26	459	56	113	47	199	155	—	35	41
Erfurt	34	18055	10172	63	161	66	12	211	145	214	15	121	2	—	23	36
Frankfurt	17	30310	12250	81	192	276	254	544	930	99	1	25	—	8	3	223
Köln	12	15819	4480	58	154	284	351	513	1540	71	—	30	3	—	—	225
Dortmund	13	15605	5488	91	148	210	171	432	631	3	—	30	—	—	1	295
Hannover	39	27004	12650	36	207	84	72	553	169	62	7	66	5	105	5	94
Bremen	31	13678	5236	17	159	58	277	226	99	24	5	11	2	—	3	59
Hamburg	45	29052	10341	76	126	284	278	267	549	251	15	291	1	—	4	320
Rostock	60	8068	3457	9	57	—	—	190	1	10	20	72	—	—	10	10
Dresden	31	58250	24414	62	602	355	151	829	335	542	468	827	26	1	87	155
Nürnberg	29	15747	5302	81	76	43	45	190	808	26	169	30	—	3	37	72
München	27	11162	3806	9	77	50	48	78	153	35	5	91	3	2	2	86
Stuttgart	14	8328	2375	22	23	121	34	35	1322	—	—	4	—	—	—	59
Karlsruhe	10	13924	5679	71	137	147	105	43	1066	49	24	16	1	73	—	118
Zusammen	574	410523	165358	866	3333	2697	2610	5930	9467	1939	1231	4033	358	411	694	2296
Vorige Woche	574	411163	162957	834	3142	2659	2660	5739	9355	1892	1193	3892	355	409	672	2193

Bezirksverband	Isolierer und Helfer	Steinholzleger und Helfer	Kunststein-, Zementwaren-, Terrazzoarbeiter	Asphaltierer	Pfahlrammer	Leitergerüstbauer	Bauhilfsarbeiter	Jugendliche Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Abhelfer bei Erdarbeit	Mineure	Rohrleger	Brunnenbauer	Lehrlinge	Weibliche Mitglieder	Insgesamt	vom Hundert der Mitgliederzahl 14. 12.	7. 12.
Königsberg	11	—	87	11	—	8	3890	17	1238	25	—	16	14	738	8	12070	83,1	82,3
Danzig	—	—	—	—	—	—	868	15	630	—	—	—	—	65	—	2805	79,1	79,1
Stettin	21	—	—	—	—	—	2799	4	989	—	—	8	—	406	5	11986	81,6	80,9
Breslau	46	9	69	—	—	—	9469	53	1776	—	—	3	3	1712	61	30080	81,8	77,6
Berlin	185	65	29	589	—	—	11859	—	1298	—	—	3	44	1135	22	40582	82,5	81,8
Magdeburg	91	—	13	—	—	5	3828	2	750	—	—	—	1	864	—	19586	73,2	71,0
Erfurt	41	6	29	4	—	—	3681	—	233	—	19	2	1	931	3	16191	89,7	87,7
Frankfurt	77	24	13	16	—	24	7702	238	1540	31	—	11	—	765	—	25327	83,6	84,1
Köln	81	36	290	97	—	4	4342	168	763	2	—	5	1	302	—	13800	87,2	86,0
Dortmund	197	9	49	67	4	10	3916	251	1061	6	10	7	4	494	—	13585	87,1	86,5
Hannover	64	16	94	56	4	12	4760	—	960	2	—	—	1	1134	1	21219	78,6	77,1
Bremen	49	4	4	2	10	—	3594	3	1289	—	—	6	6	287	—	11430	83,6	82,6
Hamburg	126	46	131	37	96	—	5627	—	2491	57	—	2	25	351	—	21792	75,0	73,9
Rostock	—	1	5	—	—	—	1998	—	458	—	—	—	5	277	—	6580	81,6	77,0
Dresden	108	99	21	124	—	7	15778	3	1033	—	7	6	23	1729	10	47802	82,1	81,1
Nürnberg	21	4	—	11	—	—	5111	4	266	40	5	7	1	423	—	12775	81,1	79,5
München	23	13	2	28	3	11	4209	23	304	152	8	2	2	198	1	9424	84,4	83,4
Stuttgart	23	22	103	1	—	—	1843	110	640	—	—	—	—	185	—	6922	83,1	81,7
Karlsruhe	58	4	23	9	—	9	2892	202	443	35	8	5	—	316	—	11533	82,8	81,9
Zusammen	1222	358	962	1052	117	90	98166	1093	18162	350	57	83	131	12312	111	335489	81,72	—
Vorige Woche	1203	349	947	1040	110	88	97151	1023	18004	352	52	80	164	11870	106	330491		80,38

Unterhaltung und Wissen

Rationalisierung.

Von Martin Andersen-Nexö.

An den Giebeln der verfallenen, unansehnlichen Hütten gehen die Männer entlang mit scheelem Blick, mager und zu Boden gedrückt von dem langen Müßiggang. Rund um sie her liegt die Arbeit zuhauf und warket ihrer; es gibt so vieles zu verrichten, wie wohl nie zuvor. Aber die, die gnädigst die Arbeit unter die schaffenden Hände verteilen, wollen nichts von ihnen; sie haben sich ausgestreckt zu tiefer Ruhe, eine schwere tote Tatze über des Armen Dasein breitend.

Kann sie denn nicht von ihnen genommen werden, diese Todeslast? Vorläufig begreifen sie nichts von allem, sondern stieren nur wirr hinaus, die Augen von panischem Schrecken erfüllt. Krise, sagt man ihnen — für ein schlecht Ding ist ein Name so gut wie der andre! Arbeit und willige Hände — mehr hat die Welt noch nie bedurft, um etwas ausrichten zu können; und von beiden ist genug vorhanden, soviel kann wohl ein jeder sehen. Doch eine willkürliche Macht zwingt sie, dennoch tatenlos einherzugehen ...

Oben am Königsweg hält ein gewaltiges Luxusauto allerneuesten Typs. Menschen stehen nicht dabei; aber ein Stückchen weiter, unten in den Feldern, die in endlosen Flächen sich über Tibberup und Espergaerde hinziehen und eine prachtvolle Aussicht über den Sund und die schwedische Küste gewähren, geht eine in Leder gekleidete Gestalt umher und schreitet das Erdreich ab. Die Arme hängen sonderbar tot von den Schultern herab, und die Person erfüllt mich mit heftigem Unbehagen, ehe ich noch ihr Gesicht gesehen.

Plötzlich — so plötzlich, daß ich zusammenfahre — wendet der Mann sich um und kommt mir schnell entgegen, eine unheimliche Erscheinung. Das Antlitz ist aschgrau und ohne Wärme, seine Arme reichen nur bis etwas unterhalb des Ellenbogens — er hat keine Hände! Ich habe jetzt lange die schweren müßigen Hände allzu lebhaft vor mir gesehen, und der Anblick eines Wesens ganz ohne Hände läßt mich in Entsetzen zusammenschaudern.

„Schöner Morgen!" nickt er. „Das richtige Wetter, um über Land zu fahren!"

„Sie sind wahrscheinlich draußen, um ein Villengrundstück zu suchen?" fragte ich. „Die Aussicht hier ist prachtvoll."

„Nein, ich bin nur draußen, um vor dem Frühstück ein paar Höfe zu zerschlagen, zu Villengrundstücken nämlich!"

„Daran ist eigentlich im voraus kein Mangel. Halb Seeland liegt in Parzellen zerteilt danieder und trägt Disteln statt des Kornes, das dort wachsen sollte."

„Was sollte dort wachsen?" Er blickt mich verständnislos an.

„Brotgetreide!" sage ich ein bißchen scharf.

„Nun ja, natürlich, Brotgetreide, selbstverständlich ... Was sollte auch sonst dort wachsen. Verzeihen Sie, daß ich nicht gleich begriff." Seine Stimme klang spottend. „Brotgetreide, jawohl, was sonst? Andres darf ja auf der Welt nicht wachsen. Und trotzdem erschallt ein ewiglich Geschrei nach Brot. Ernstlich, mein Verehrtester, begreifen Sie, wer all das Kreaturfutter verzehrt? Ich für meinen Teil bin kein Brotfresser, meinetwegen mag man ruhig alles Brotgetreide von der Erdoberfläche vertilgen!"

„Ja, dann betrifft es freilich nicht Sie!"

„Nein, nicht wahr? Und ich muß bekennen, ich habe nicht einen Gedanken darauf verwendet, was da wächst oder nicht wächst. Die nützliche Seite des Daseins interessiert mich überhaupt nicht ... Ich bin kein Utilitarier. Wo ich eine Chance entdecke, greife ich ohne Gewissensbisse zu. Ziele und sonstige Lächerlichkeiten überlasse ich den Ide ..., Ide ..., na, nennen wir sie in Gottes Namen Idealisten; Leute Ihres Schlages meine ich. Sie wollen ja auch leben."

„Sie sind Kapitalist von reinstem Wasser!"

Der Fremde lachte höhnisch. „Kapitalist ... herrje! Eines dieser Individuen, die ein paar lumpige Tausende oder Millionen ihr eigen nennen, wie? Von reinstem Wasser ... Gemach, gemach! Aber ich bin doch etwas mehr, wenn Sie es wissen wollen. Ich bin der Geist des Kapitalismus selbst, seine Idee! Ja, betrachten Sie mich nur gründlich, da ich Ihnen nun einmal geradeswegs in die Arme gelaufen bin. Ich habe Ihnen und den andern immerhin etwas zum Nachdenken gegeben. Mein Geist ist es, von dem alle besessen sind, die am Wettlauf teilnehmen; in meinem Namen verschlingt der Starke den Schwachen und wird wiederum von dem noch Stärkeren verschlungen. Beginnen Sie die Folgen hiervon zu verstehen? Sie sind nicht eben zugunsten von den vielen. Gegenseitigkeit ist ein Gefühl der Unterklasse, nur dazu angetan, niederzuhalten; aber selbst bei einer Lebensrettung ist der wichtigste Griff der, womit man den Ertrinkenden von sich stößt. Darum sind Sie auf irriger Spur, junger Mann! Sie wollen alle an den Gütern des Lebens teilhaben lassen. Sie zerstreuen! Mein Ziel ist, alles in einer Hand zu sammeln, einer einzigen, verstehen Sie? Und die übrige Welt zu Proletariern zu machen! Das ist das Ideal des Kapitalismus, dessen tiefste Idee, und ich bin auf dem besten Weg, sie zu realisieren. — Nein, Sie haben sich mein Aussehen anders gedacht, ein elender Krüppel, von Ihrem erhabenen Nützlichkeitsstandpunkt aus betrachtet. Enttäusche ich Sie, Verehrtester? Apropos, Nutzen? Sie, der Sie in diesen Dingen bewandert sind, wo steht es eigentlich geschrieben, daß man nützlich sein soll? Und was ist Nutzen, mein guter Mann? Sie nennen das vermutlich Nutzen, viele lebende Wesen zu erhalten. Ich nenne es Verschwendung, wenn wenige alles verrichten können. Ich sehe nicht ein, warum man jene Art von Individuen am Leben erhalten soll, wenn man ihrer nicht bedarf." Er wies mit dem Armstummel nach einer der Hütten hinüber, wo ein von der Arbeit gebeugter Erdarbeiter geschäftig bastelte. „Das ist der fröhliche Jakob", sagte ich. „Ein verbrauchtes Gestell ist er, aber gut gegen die Kinder und die Frau. Er gehört zu den vielen, die nach besseren Zeiten seufzen."

„Ich fürchte, er und die andern werden vergebens seufzen dürfen. Krise, sagen Sie vermutlich — ebenso wie alle andern; aber wissen Sie denn auch, was das eigentlich ist? Ich bin dabei, mich zu konsolidieren; das ist es, was — unter uns gesagt — vor sich geht. Der Kapitalismus ist im Begriff, sein Gebiet zu begrenzen: das Ungeheuer, das alles umspannende, zieht sich wieder zusammen. Ich habe Wehen, wissen Sie — Krisen; und durch jede Wehe wird eine neue Schar Geschöpfe außerhalb des Daseins gesetzt. Mit dem Mittelstand und dem kleinen Gewerbetreibenden bin ich seit langem fertig, nun ist dieser hier an der Reihe: die fleißige Faust! Sollte es wider Erwarten nicht glatt abgehen, so schieße ich mit ein bißchen General-Lockout hinterdrein; ich überlege mir es schon. Es ist wahrlich an der Zeit, sie aus dem Dasein zu befördern, diese veralteten, primitiven Wesen, die die Produktionsunkosten dadurch belasten, daß sie Frau und Kinder erhalten müssen, und die jetzt obendrein mit einer Seele aufwarten, auf die Rücksicht genommen werden soll, die uns teuer zu stehen kommt. Der Arbeiter, dieser Urtyp einer Maschine, dürfte wirklich dem Industriemuseum überwiesen werden; und das zu tun, bin ich gerade im Begriff. Haben Sie ein einigermaßen feines Ohr, so werden Sie die Maschinen gleichmäßig durch die Arbeitslosigkeit surren hören; diese ist nämlich nicht mehr absolut identisch mit Stillstand der Betriebe. Was hergestellt werden soll, wird es auch, mein Guter. Die berechtigten Anspruch darauf besitzen, Bedürfnisse zu haben, sind nicht viele an der Zahl, und es werden noch weniger werden. Auf der andern Seite werden die Maschinen immer vollkommener. Wir nähern uns der Lösung der sozialen Frage.

Sie wäre übrigens schon gelöst, hätten Staat und Gemeinden nicht künstlich einer Unzahl Individuen, hinter die der private Betrieb schon längst ein Kreuz gemacht hat, Schutz geboten. Ich denke an all diese kleinen Angestellten, Konduktteure usw. Wenn das Privatkapital allein zu bestimmen hätte, so würde es bald das Ganze automatisch machen; die Maschinen arbeiten nun einmal besser — und stellen keine dummen Forderungen. Die fleißigen Hände — wie das im Grunde klingt, mein Lieber! Lassen Sie uns doch darüber einer Meinung sein, daß die, die mit den Händen arbeiten, keine Menschen sind; der Mensch braucht nur das Gehirn. Darf ich das Vergnügen haben, mit Ihnen eine Fahrt in meinem neuen Auto zu machen? Es ist wirklich sehr gut."

„Ihr Chauffeur ist doch aber nicht hier?"

„Ich brauche keinen Chauffeur. Sehen Sie den Helm dort auf dem Ständer? Habe ich ihn auf dem Kopfe, so nimmt das Auto den Befehl direkt von meinem Hirn entgegen; das Ganze ist sehr einfach, die Maschine ist auf dem besten Wege, sich selbst bedienen zu können. Mein Ziel ist, wie gesagt, alles in einer Hand zu vereinigen, und darum ist es notwendig, sich von allem unabhängig zu machen. Und in erster Linie von diesen begeisterten fleißigen Händen, die alle Sentimentalität der Gegenwart auf sich ziehen.

Sie blicken mich so boshaft verstehend an! Jawohl, selbst fehlen mir die Hände! Ich wurde so geboren, der Mangel ist vermutlich durch eine tiefe Antipathie in mir entstanden. Ach, ich neide gewiß keinem diese fünffingrigen Pfoten, die den Menschen daran hindern, sich frei zu machen. Sie wollen nicht fahren? Nun wohl, gehen wir also. Erweisen Sie mir nur den Dienst, die kleine Drahtleitung dort auf meiner Mütze anzubringen. So, danke! Der Hände Hilfe gänzlich zu entbehren, ist mir noch nicht gelungen; ich habe es noch nicht erreicht, meine Gedanken drahtlos auf das Auto zu übertragen. Doch das kommt noch."

Wir schlenderten langsam den Weg hinauf, die schwerfällige Maschine folgte uns getreulich auf den Fersen wie ein Hund, der an einer dünnen Leine geführt wird. Der Fremde starrte geradeaus, die weißen Zähne wurden bei seinem scharfen Grinsen sichtbar:

„Je nun, warum es ableugnen: ich hasse diese dummen Hände, die obendrein zu drohen wagen. Der Müßiggang läßt düstere Gedanken in seinen unfreiwilligen Opfern entstehen, behaupket man ja; mag sein, daß sie hineinstürmen und die Maschinen zerschlagen, um selbst heranzukommen, und die Entwicklung einen langen Schritt zurückbringen! Ich habe aber auch diese Möglichkeit vorausgesehen; bei dem geringsten Murren setze ich sie auf Minimalration. Hungersnot, verstehen Sie? Sie ist eine meiner besten Bundesgenossen; es existiert überhaupt keine andre Hungersnot, als die, die ich ins Werk setze. Ich könnte sie alle zugrunde richten wie die Fliegen und die Natur die Schuld daran fragen lassen, den Ertrag der Erde zerstören, daß sie innerhalb weniger Tage umkämen, unterernährt, wie sie — unter uns gesagt — sind. Ich liebe den Gedanken aber nicht, denn wer soll sie aus dem Wege räumen? Sie sehen, ich bin nicht sentimental, ich lasse sie einfach sich selbst beiseite schaffen: hungere sie aus, der Rest kommt dann von selbst, Mumien riechen bekanntermaßen nicht! Die kleinen Kinder haben ja die geringste Widerstandskraft, besonders, wenn sie keine Muttermilch bekommen. Darum lasse ich auch die Arbeitslosigkeit nicht die Frauen entgelten, die Säuglinge haben.

Sie meinen, ich sei ein Teufel, Verehrtester? Ich schmeichle mir jedenfalls damit, Satans göttlich kaltes Hirn zu besitzen. Kann man sich eine teuflischere, großartigere Erfindung als die meine denken? Geld, das ist Blut und Schweiß und Tränen der Menschheit selbst — alles was sie gewirkt und gewünscht und erträumt hat —, eingeschmolzen in ein kaltes Metall. Wertmesser, wie bitte? Glauben Sie wirklich auch an den Unsinn? Es war übrigens nur ein Witz von mir! Nein, aber ein herrlicher Akkumulator für alle Werte ist es bei Gott — das Geld; ein großartig einfaches Mittel, alles zu umspannen und die Welt zu beherrschen: das einzig mögliche. Durch Geld kann ich, so lächerlich es klingt, alles am Leben erhalten oder vernichten, wie ich eben will. Ich kann sämtliche Lebensbedingungen der Welt in meinen feuer- und diebessicheren Geldschrank einschließen. Ist das nicht genial?

Meine Erfindung hat noch eine vortreffliche Eigenschaft, es klebt kein moralisches Vorurteil an ihr: Geld riecht nicht! Jedes andre Gewerbe verpflichtet den Ausübenden im Hinblick auf Schönheit oder Nutzen; ich aber bringe mit Freude die nützlichen Gewerbe zum Stillstand und setze statt dessen Torheiten in Gang — wenn ich meinen Vorteil darin erblicke. Und tatsächlich: eine falsche Spekulation ist häufig mehr wert für mich als eine gute; ich gedeihe am besten dort, wo etwas zerbricht. Das Elend ist mein Element!

Halb Nordseeland liegt verwüstet, in öde Villengrundstücke eingeteilt. Sie waren bereits so freundlich, mich darauf aufmerksam zu machen. Ich wußte es übrigens, junger Mann, ich habe selber daran gedacht. Nein, Korn wächst freilich nicht auf ihnen: statt dessen wachsen dort aber Taler! Kein Erdboden ist so gut für das Gedeihen von Geld wie der, der mit Schwindel gedüngt ist. Ja, gewiß, mein Dasein läuft in entgegengesetzter Richtung zum Lebensstrom, mein Element ist der Venen unreines zurückfließendes Blut. Die Lösung der großen Nahrungsfrage ist auch niemals meine Sache gewesen; im Gegenteil, der vielen Wohlergehen ist für mich nicht günstig. Na, mein Ehrgeiz liegt auch nicht gerade auf diesem Gebiet. Ich habe in meinem Dasein mehr Kornfelder niedergebrannt als ich besäte.

In dieser Zeit feiere ich übrigens einen Triumph. Ich habe versucht, unwirksam dazuliegen und herausgefunden, daß dies eine neue und einbringende Erwerbsform ist: absolut die vorteilhafteste, die ich bisher erprobt. Und die idealste: Unkosten und Arbeit bis auf das Mindestmaß beschränkt. Ich habe keinen Grund, über die schlechten Zeiten zu klagen.

Im allgemeinen bin ich sehr zufrieden; es gibt nicht ein Ding, das sich nicht zu meinem Besten gewendet hätte. Man klagt darüber, daß es nicht mehr möglich ist, die Wirkungen eines Gesetzes zu überblicken. Ich muß sagen, das begreife ich nicht. Schauen Sie einmal in meine linke Westentasche hinein: einige schmutzige Millionen, die nach Kuhstall riechen, was? Das ist der Ueberschuß der Staatsanleihe an den Häuslern und Kleinbauern. Und so ist die Gesamtlage. Kein Gesetz ist so verrückt, daß ich nicht Seide dabei spänne. Selbst durch die Gesetze, die das Eigentumsrecht beschneiden sollten, verdiene ich Geld.

Und nun leben Sie wohl, junger Mann! Ich muß zur Stadt und einen Brotkrust gründen als Stütze für die schlechten Zeiten. Und sie selbst werden natürlich vor Sehnsucht danach brennen, mich recht unter die Zange zu nehmen!"

Er sprang in seinen Wagen und winkte zum Abschied mit seinen beiden Armstummeln. Der Messingarm des Ständers senkte den Helm über seinen Kopf hinab, das Auto sprang vorwärts und war im nächsten Augenblick in einer Staubwolke verschwunden. Der fröhliche Jakob stand vor seiner Hütte und guckte staunend, mit hängendem Unterkiefer.

„Zum Satan, war das ein Tempo, das der arme Teufel da anschlug", sagte er, „man sollte glauben, das Jüngste Gericht sei ihm auf den Fersen. Ihm sollstest du, meiner Treu, einen Hagel nachschicken, ehe er alles überfährt!"

„Wir wollen helfen!"

Nachdem die Not aufs höchste war gestiegen,
Ward notverordnet, daß sich Balken biegen;
Worauf Instanzen dazu übergingen,
Ein wenig Ordnung in die Not zu bringen ...

Es sank der Lohn! Nunmehr soll auch die Preise
Herr Goerdeler abbau'n! Und mit großem Fleiße
Hat er — das Leben billig zu gestalten —
Am Rundfunk uns mit Reden unterhalten ...

Ein „Baum für alle" war zum Fest beschieden,
Dazu kam dann noch amtlich: „Weihnachtsfrieden."
Um dabei alle wirklich zu erfassen,
Hat man Lahusen aus der Haft entlassen ...

Der Not zu steuern hat auf alle Fälle
Man arrangiert — wohltät'gen Sinnes — Bälle;
Aufs Wohl der Armut leerte man die Flaschen —
Der Arbeitslose darf am Stöpsel naschen!

Zum Zeichen, daß man rosa nicht bebrillt ist,
Den Hunger zu bekämpfen ernst gewillt ist,
Ertönt der Ruf — Viel Herz birgt sich dahinter —:
„Die Vöglein hungern! Füttert sie im Winter!"

Seht, liebe Zeit- und sonstige Genossen,
Man sagt sich: Alle diese Narrenspossen
Sind angesichts der Not ganz fehl am Platze —
Wohltätigkeit ist meistens für die Katze!

Max Vollmann.

Direktricen. In der „Frankfurter Zeitung" lesen wir: „Im Landtag von Mecklenburg-Strelitz kämpft man nicht nur leidenschaftlich mit den Schwierigkeiten in der Politik des Landes. Mit mehr oder weniger Glück versucht man auch gutklingende Fremdwörter zu meistern. Wollte da ein Redner auf der einen Seite des Hauses einem wichtigen Problem energisch auf den Leib rücken. Der Redner von der andern Seite des Hauses ergriff alsbald das Wort und bezweifelte, ob der geschätzte Vorredner und seine Partei überhaupt in der Lage wären, dieses Problem zu meistern. Darüber, erklärte der Angegriffene, brauche man sich keine grauen Haare wachsen zu lassen! „Die Partei", so fuhr er fort, „erhält regelmäßig Direktricen aus Berlin und wird sich damit schon zu helfen wissen!" Dann kann es ja nicht fehlen. Direktricen sind leitende weibliche Angestellte. Es ist wahrscheinlich auch für mecklenburgische Parlamentarier besser, wenn sie von Berlin noch Direktiven (Richtlinien) erhalten, damit sie mit den Direktricen nicht noch weiteres Unheil anrichten.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Schnauer, Niederbüssau (Lübeck), Baustelle Gutshof Bischofsteich bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabbauversuch.

Töpfer: Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Hezinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönicke und Böhme.

Neufestsetzung der Löhne im Baugewerbe. Bei Zeitungsschluß erfahren wir noch, daß für die neu errechneten Bezirkslöhne für Westdeutschland und Bayern beim Reichsarbeitsminister die Allgemeinverbindlicherklärung beantragt ist. — Für das Gebiet Kreuznach werden die am 25. Juli 1931 festgesetzten Löhne auch vom 1. Januar 1932 an weiter gezahlt. — Für den Freistaat Sachsen hat der Schlichter die neuen Löhne am 29. Dezember 1931 festgesetzt. — Für das Gebiet Hamburg und Schleswig-Holstein III, IV und V hat der Schlichter der Löhne vom 10. Januar 1927 als vom 2. Januar 1932 an geltend erklärt. — Für Schleswig-Holstein I und II hat der Schlichter 13 bis 15 Proz. abgebaut. Außerdem hat er die in Schleswig-Holstein gültigen Zulagen für Steinträger wesentlich verschlechtert. Sonst bleibt der Bezirksvertrag unverändert. — Für Südwestdeutschland hat der Schlichter die noch strittigen Fragen durch Spruch erledigt. Strittig waren die Ortsklasse D und der Lohn für Hilfsarbeiter. An der im Reichstarifvertrag festgesetzten Lohnspanne wollte der Schlichter nichts ändern, hat aber als Ausgleich für die Löhne vom 10. Januar 1927 einen Zuschlag von 5 Pf. festgesetzt.

Politische Zeitnotizen

„Eiserne Front". Die „Eiserne Front" ist eine Abwehraktion sämtlicher republikanischer Parteien, Bünde, Gewerkschaften und Vereine, die mit dem Ende des politischen Weihnachts-Burgfriedens in Tätigkeit getreten ist. Die „Eiserne Front" ist eine Art politischer Zweckverband mit einem begrenzten Ziel, nämlich dem Schutz der Republik in den kommenden Monaten gegen den Ansturm der faschistischen Front. Der eigentliche verantwortliche Träger und Führer der „Eisernen Front" ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das in Berlin ein Komitee und eine Geschäftsstelle der „Eisernen Front" bilden und mit einem Aufruf und einer großen Kundgebung vor die Oeffentlichkeit treten wird. Die „Eiserne Front" wird sich aus folgenden fünf Staffeln zusammensetzen: 1. Staffel: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. 2. Staffel: Republikanische Gewerkschaften und Beamtenbünde sowohl der freien wie der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsrichtung. 3. Staffel: Arbeiter-Sportverbände. 4. Staffel: Reichsbund der Kriegsbeschädigten. 5. Staffel: Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands: Republikanischer Reichsbund — Bund republikanischer Beamter — Bund republikanischer Polizeibeamter — Deutscher Alpenverein e. V. — Deutsche Liga für Menschenrechte — Deutscher Reichsautokluß — Republikanischer Pfadfinderbund — Deutscher Studentenverband — Deutscher Wassersportverband — Republikanische Beschwerdestelle — Republikanischer Richterbund — Republikanischer Studentenbund — Sturmvogel, Flugverband der Werktätigen — Vereinigung republikanische Presse. — Alle Staffeln werden sich vereinigen, um den Widerstand der Republik gegen den Ansturm der Reaktion in allen Ländern, Provinzen und Städten zu organisieren, örtliche Komitees zu schaffen und die „Eiserne Front" des Arbeiters, Bürgers und Bauern zum Entscheidungskampf um die Republik zu organisieren. — Leider wollen die christlichen Gewerkschaften sich von der Eisernen Front ausschließen. Sie sind verärgert, angeblich weil sie nicht gefragt worden sind. Dabei zeigt die Notiz, daß von einer endgültigen Einreihung der christlichen Gewerkschaften in die Eiserne Front noch gar nicht die Rede war, sondern nur die Absicht mitgeteilt wurde. Die wahren Beweggründe verrät vielleicht der kurzsichtige „Deutsche", die sozialistenfeindliche, aber bedenklich stark nazifreundliche Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, die sich fürchterlich aufplustert, ironisch gegen das republikanische Reichsbanner zieht und dessen Legalität anzweifelt, sich im stillen auf den Zusammenbruch der Preußen-Koalition freut und in der Eisernen Front nur eine den politischen Zwecken der Sozialdemokraten dienende Aktion sieht. „Der Deutsche" — das hat er schon oftmals gezeigt — möchte gern mit den Nazis zusammengehen. Die große Mehrheit der christlichen Arbeiter ist erfreulicherweise anderer Meinung als „Der Deutsche".

Die Führer der Eisernen Front wenden sich anläßlich des Jahreswechsels an die deutsche Arbeiterschaft. 1932 wird das Jahr der Entscheidung. Wir stehen vor der Reichspräsidentenwahl und den Wahlen zum Preußischen Landtag. „Zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus — sagt Otto Wels, der Vorsitzende der SPD. — fällt im Jahre 1932 die Entscheidung. Siegt der Nationalsozialismus, so wird die deutsche Arbeiterbewegung mit einem Schlage weit hinter die Kaiserzeit zurückgeworfen. Ungeheure Opfer werden dann nötig sein, um die Positionen zurückzuerobern, die wir heute halten. Siegt der Nationalsozialismus im kommenden Jahre nicht, dann hat die kapitalistische Reaktion ihre letzte politische Karte ausgespielt und das Spiel verloren. Dann steht die deutsche Arbeiterbewegung vor einem neuen gewaltigen Aufschwung. Das nationalsozialistische Heer von Landsknechten hat der Wind der Wirtschaftskrise zusammengeblasen. Der nächste Windstoß wird es wieder auseinandertreiben, wenn ihm nicht zuvor ein deutlicher Sieg inneren Halt und Festigkeit verleiht. Das Jahr 1932 wird vorübergehen, ohne daß es dem Faschismus gelingt, die Macht zu ergreifen. Seine enttäuschten Massen werden ebenso rasch die Propheten von heute verlassen, wie sie ihnen zugelaufen sind. Das wissen die nationalsozialistischen Führer, und darum heißt es für sie: Jetzt oder nie. Ausbleiben des entscheidenden Sieges ist gleichbleibend mit entscheidender Niederlage. Diese Niederlage werden wir dem Nationalsozialismus im neuen Jahr bereiten. Wir, die Eiserne Front der Arbeiterorganisationen!" — Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart: „Im faschistisch regierten Staatswesen wird für Gewerkschaften und unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen kein Platz sein. Kampf gegen den Faschismus ist darum für die Gewerkschaften ein notwendiger Akt der Selbstbehauptung. Es liegt den Gewerkschaften nicht, große Worte zu machen. Ruhige Abschätzung der gegnerischen Kräfte und der eigenen dünkt ihnen wichtiger. Uebereilte Kraftproben zu veranstalten, ist nicht ihre Sache. Wo es aber um eine große geschichtliche Entscheidung geht, werden sie nicht zögern, ihren ganzen Machtapparat mit fester Entschlossenheit bis zum letzten einzusetzen. Der Fatalismus gewisser Kreise beruht auf einer falschen Einschätzung der gegebenen Kräfteverteilung. Er nimmt das großsprecherische Treiben der Nationalsozialisten für ein Zeichen von Stärke und verkennt die Bedeutung der Gegenkräfte, die mehr auf ruhiges Handeln eingestellt sind. Diese Kräfte sind stark genug, dafür zu sorgen, daß die Bäume des Nationalsozialismus nicht in den Himmel wachsen. Unsere Parole für 1932 heißt: Einigkeit und Selbstvertrauen." — Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Karl Höltermann: „Wir werden verhindern, daß die Republik und ihre Verfassung, daß die Freiheit und das Recht im Chaos der Krise untergehen. Wir wollen nicht nur verteidigen, wir greifen an! Wir werden von Januar bis Mai alle Kräfte darauf konzentrieren, den politischen Sieg zu erringen über die Bürgerkriegspsychose, über die Großmäuligkeit der Diktaturanbeter, über die Parteien der Gewalt und der Unfreiheit. Unsere Offensive soll wie ein frischer Märzsturm in die geistige Verworrenheit und den Unterkanonenstumpfsinn hineinblasen, der breiteste Kreise des Bürgertums erfaßt hat. Unser Ziel: Das Jahr 1931, dies Jahr des politischen Wahnsinns, des Uebermutes der Feinde der Republik, des Gehirnkrampfes des deutschen Bürgertums auszulöschen und den Kräften der Freiheit Breschen zu schlagen zu neuem Aufstieg!" — Fritz Wildung, Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege: „Der Faschismus sucht in Deutschland die Entscheidung im Endkampf. Gewinnt er die Schlacht, dann ist auf dem europäischen Festlande die stärkste Position erobert und seine Herrschaft voraussichtlich für längere Zeit gesichert — wenn nicht ein neuer Weltkrieg ihn vorzeitig liquidiert. An der Schwelle der faschistischen Herrschaft in Deutschland steht der Bürgerkrieg. An seinem Ende dürfte der neue Völkerkrieg stehen. Einer solchen Gefahr muß sich alles entgegenstemmen, was noch gesundes Blut in den Adern hat. In dieser Zeit wollen die deutschen Arbeitersportler mit ihren Klassengenossen und allen ehrlichen Republikanern zusammenstehen und kämpfen."

Schluß mit den Todfeinden der Republik! Der Bundesrat des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trat am 27. Dezember in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Nach einleitendem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Höltermann würden in eingehender Aussprache die durch die Verschärfung der Lage notwendig gewordenen weiteren Maßnahmen erörtert. Die Zusammenkunft der Reichsbannerführer aus allen Gauen Deutschlands war getragen vom festen Willen, in der neugeeftigten Einheitsfront aller verfassungstreuen Parteien und Organisationen mit den Todfeinden der deutschen Republik im kommenden Kampfjahr endgültig Schluß zu machen.

Zur Abwehr entschlossen. Auch die österreichische Sozialdemokratie wendet sich in einer Neujahrsbotschaft an die Arbeiterschaft. Sie verweist darauf, daß die österreichische Schwerindustrie, die auf den Sieg der Faschisten in Deutschland hoffe, und die Aristokratie, die die Wiederkehr der Habsburger in Ungarn erwartet, in Oesterreich die Heimwehr ausrüsten. Wenn die Faschisten uns angreifen — so heißt es wörtlich weiter — werden wir uns wehren, und mit dem Faschismus werden wir seine kapitalistischen und aristokratischen Hintermänner schlagen.

Friedensruf als Neujahrsbotschaft aus Frankreich. Zwölf französische Friedens- und Kriegsteilnehmer-Vereinigungen haben eine Neujahrsbotschaft an das republikanische Deutschland gerichtet, in der es heißt: „Deutsche Bürger, die ihr in einem Grade kämpft und leidet, daß viele unter euch sich ganz hoffnungslosen Lösungen hingeben, wir versichern euch unserer aufrichtigsten Sympathie und Freundschaft, welches auch eure politischen oder religiösen Ansichten sein mögen. Wir verstehen eure Schwierigkeiten, aber wir flehen euch an, zu hoffen und mit uns zu glauben, daß aus dem gegenwärtigen Chaos eine neue und bessere Welt entstehen wird. Glaubt uns, eine ständig wachsende Zahl von Franzosen und Französinnen wünscht eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk im Zeichen des Friedens und der Freundschaft. Sie hat das Bewußtsein erlangt, daß es unrecht ist, Deutschland allein für den Kriegsausbruch verantwortlich zu machen, und ist, da sie vor allem die Gerechtigkeit sucht, der Meinung, auch nicht einer Revision des Versailler Vertrages ausweichen zu dürfen. Ihr könnt auf uns rechnen, wie wir auf euch zählen im Kampfe gegen die Mißverständnisse zwischen unsern beiden Ländern. Den Frieden, ihr Bürger in Deutschland, wir wollen ihn! Mit euch werden wir ihn vollenden."

Das Reparations-Weltproblem. Der Bericht der Sachverständigen bei der Bank für Internationale Zahlungen ist abgeschlossen. Die wichtigste Frage war, ob Deutschland reparationsfähig ist. Dazu heißt es: „Es steht fest, daß Deutschland den aufschiebbaren Teil der Jahresraten nach Ablauf des Hoover-Jahres nicht zu transferieren vermag." — Der Ausschuß weist auf die beispiellose Schwere der Krise hin, deren Ausmaß unzweifelhaft die verhältnismäßig kurze Depression übersteigt, die der Neue Plan ins Auge faßt. Das deutsche Problem, das in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, erheischt daher gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann. Wenn nichts geschieht, werden die eingetretenen Schwierigkeiten Vorboten weiterer Katastrophen sein. Der einzige Schritt von Dauer, der das Vertrauen wieder herstellen kann, ist die Anpassung aller zwischenstaatlichen Schulden (Reparationen und anderen Kriegsschulden) an die zerrüttete Lage der Welt. Es sind Schritte notwendig, um den energischen Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung verteidigt, dauernde Wirkung zu sichern. Der Ausschuß richtet an die Regierungen den Appell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen und damit neue Hoffnungen auf eine Besserung der schweren Krise zu erwirken. Diesem Bericht sind heftige Kämpfe vorausgegangen. Sein Kern ist: Die Reparationen machen die Krise unheilbar. — Es wäre zu wünschen, daß die Staatsmänner entsprechend den Schlußfolgerungen des Berichtes handeln würden. Besser ist es schon, wenn, wie vorab kürzlich erklärte, alle Kriegsschulden in den Ozean versenkt würden. Am besten ist es wahrscheinlich, wenn man in Europa nicht allzu viel auf die Ratschläge Amerikas hört, sondern ihm erklärt, Europa sei bereit, die Kriegsschulden als beglichen anzuerkennen, keine Reparationen weder zu verlangen noch zu leisten, weshalb Amerika seine Gläubigerforderungen in den Schornstein schreiben müsse. Den französischen Staatsmännern wäre zu wünschen, sie kämen bald zu der Einsicht, daß Deutschland genügend Reparationen geleistet habe, und daß es an der Zeit ist, endlich zu einem geordneten Wirtschaftsleben zu kommen, in dem es wirtschaftlich keine Sieger und Besiegten, keine Schuldner und keine Gläubiger als Folge des Ausgangs des Weltkriegs mehr gibt.

Hitler darf nicht an die Macht! Der alte Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, Karl Kautsky, umreißt in einem Neujahrs-Aufsatz die Aufgaben der Arbeiterschaft für das Jahr 1932. Nachdem er den Wert der politischen Macht klargestellt, das Elend des Friedensvertrages sowie den „Messias und seine Leute", den Strohhalm Hitler, gebührend gekennzeichnet, schreibt er: „Manche unserer Freunde meinen, man sollte nur die Nationalsozialisten ans Ruder lassen, sie würden bald ihre vollständige Unfähigkeit dartun und rasch abwirtschaften. Kein Zweifel, das wird eintreten, aber sie werden dabei ebenso unzweifelhaft das ganze deutsche Volk in Grund und Boden hineinwirtschaften. Und je mehr darob die Opposition gegen sie wächst, um so mehr werden sie ihr Gewaltregime verstärken, den Terror immer intensiver gestalten. Darauf lief noch jede Diktatur hinaus. Allerdings, so bequem wie Mussolini würde es Hitler nicht haben, wenn er an die Macht käme. Das Proletariat ist in Deutschland weit stärker und geschulter. Hitler findet heute eine durch ihn selbst noch verschärfte Krise mit entsetzlicher Arbeitslosigkeit vor. Hitler würde bald vor unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen, die er nicht bewältigen könnte, die immer mehr seine Anhänger enttäuschen, von ihm abstoßen müßten. Doch freiwillig könnte er das Staatsruder nicht aus der Hand geben, denn die Schandtaten, die er zu sühnen hätte, wenn er wieder einfacher Bürger würde, wären zu groß und zu zahlreich. Nur in verzweifeltem Ringen, in furchtbarem Bürgerkrieg müßte die Demokratie wieder hergestellt werden. Damit würde wieder die Grundlage neuen Aufstiegs für Deutschland gewonnen. Aber erst nach entsetzlichen Zerstörungen. Ehe man es dazu kommen läßt, ist es doch dringend geboten, alle Kräfte aufzuwenden, Hitler nicht an die Macht gelangen zu lassen."

Gewaltakten der Nationalsozialisten. Die Sozialdemokratische Partei hat dem Reichsinnenminister eine 238 Seiten starke Denkschrift überreicht, in der über 1500 nationalsozialistische Gewaltakten berichtet wird, die im Laufe

An unsere Haushaltsbuchführer!

Unsere Bundesmitglieder, die im Jahre 1931 ihre Einnahmen und Ausgaben aufgeschrieben, also über ihren Haushalt Buch geführt haben, werden gebeten, ihre Aufzeichnungen dem Bundesvorstand zu überlassen und sie ihm so bald wie möglich zuzusenden. Wer seine Einnahmen und Ausgaben das ganze Jahr über gewissenhaft notiert hat, dessen Haushaltsrechnung verdient natürlich den Vorzug. Willkommen sind aber auch Haushaltsrechnungen, denen nur die Anschreibungen aus einem Teil des Jahres zugrunde liegen. Ob sich die Buchführung über das ganze Jahr oder nur auf einen Teil des Jahres erstreckt — unerläßliche Vorbedingung für ihre Brauchbarkeit ist, daß alle Einnahmen und Ausgaben vollständig und richtig eingetragen sind. Der Reichskommissar für Preisüberwachung möchte für seine Arbeit auch Angaben aus Haushaltsrechnungen benutzen, die in neuerer Zeit aufgestellt sind. Bundesmitglieder, die über lückenlos und genau geführte Aufzeichnungen über ihre Einnahmen und Ausgaben verfügen, mögen sie also dem Bundesvorstand schnellstmöglich übermitteln. Sie werden für Preisherabsetzungen gute Unterlagen bieten!

der letzten Jahre begangen worden sind. Das Ergebnis der „Legalität“ der Hitler-Partei in diesen zwei Jahren sind 62 Tote und 3200 Verletzte! Trotz der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung wurde bekannt, daß in 53 Fällen größtenteils kriminell vorbestrafte Nazis die Täter waren. 3 von ihnen waren über zwanzigmal, 5 über zehnmal, 10 über fünfmal und 35 ein- oder mehrmals vorbestraft. Fast 600mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, die bis zum Maschinengewehr ging. Zweiundvierzigmal wurden sozialdemokratische Versammlungen gesprengt, 26 Volks-, Gewerkschafts- oder Konsumvereinshäuser überfallen, 100mal wurden Sozialdemokraten, 281mal Reichsbannerangehörige mißhandelt, 31mal wurden Angriffe auf die Wohnungen Andersdenkender gemacht, darunter dreimal auf ganze Arbeiterwohnblocks. Diese Liste von Terror- und Gewalttaten erreichte in der Zweijahr-Denkschrift die Ziffer 1484. Das ist die „Legalität“ der Hitler-Partei, der kein wirklicher Proletarier auch nur 24 Stunden angehören kann!

Die Preußenregierung gegen die Nazi-Agrarier. Die ostpreußische Landwirtschaftskammer, die eine Nazimehrheit hat, beschloß, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung zum Rücktritt aufzufordern, „damit alsbald der Weg frei gemacht werde für Männer, die, aus dem Kampf und Glauben zusammengeschweißt, jetzt nur noch allein in der Lage sind, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch das ganze Volk zu retten“. Auf diese Junkerfrechheit hat die preußische Staatsregierung die ostpreußische Landwirtschaftskammer aufgelöst, weil sie die ihr gesetzlich zustehenden Befugnisse überschritten hat.

Hermann Beims gestorben. Am 20. Dezember starb in Magdeburg der frühere Oberbürgermeister dieser Stadt, Genosse Hermann Beims. Hermann Beims, von Beruf Tischler, ist durch die organisatorische Schule der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gegangen, war Hilfsarbeiter im Hauptbüro des Holzarbeiter-Verbandes, dann Sekretär der Sozialdemokratischen Partei in Magdeburg und entwickelte hier seine ersten Fähigkeiten auf kommunalpolitischem Gebiet, auf dem er später als Oberbürgermeister so erfolgreich wirkte. Als Oberbürgermeister hat er nicht nur weitsichtige Kommunalpolitik, sondern auch weitsichtige Wohnungsbaupolitik betrieben. Magdeburg wird immer mit an erster Stelle genannt werden. Die Stadt war früher wegen ihrer Festung in der Entwicklung eingeengt. Diese Festungsüberlieferung lebte noch viele Jahre in den Geistern der Beamtenstadt fort. Erst im letzten Jahrzehnt blühte in Magdeburg neues frisches Leben auf. Dem energischen Vorwärtsdrängen Hermann Beims ist es zu danken, daß die Arbeiterschaft das ihr gebührende Mitbestimmungsrecht stark ausnutzen konnte. — Magdeburg hat das Andenken Beims dadurch geehrt, daß eine große geschlossene Wohnsiedlung im Westen der Stadt Hermann-Beims-Siedlung benannt ist.

Aus den Baugewerkschaften

Brandenburg/Havel. (ADAVG.-Schneidigkeit.) Ein Ofensetzer hatte Glück in dieser Zeit und konnte seiner Arbeitslust volle 26 Wochen frönen. Nach seiner Entlassung meldete er sich, wie alle übrigen Staatsbürger, arbeitslos und unterfing sich auch, einen Antrag auf Unterstützung zu stellen. Nach mühevoller Berechnung mußte der Beamte beim Arbeitsamt Brandenburg dem Antragsteller die Mitteilung machen, daß er nur 25⁶/₇ Wochen Beschäftigung nachgewiesen, demzufolge ¹/₇ Woche fehle und deshalb nicht die Anwartschaft erfüllt sei. Sehr schneidig! Unser Kollege hat vor 26 Wochen des Montags mit der Arbeit begonnen und nach 26 Wochen Sonnabends, weil der Sonntag bei Strafe kein Arbeitstag sein darf, sein Arbeitsverhältnis beendet. Diese Spitzfindigkeit soll auf eine Senatsentscheidung zurückzuführen sein, nach der die Anwartschaft erst nach $26 \times 7 = 182$ Tagen erfüllt ist. Nichts geht über bürokratische Gewissenhaftigkeit. Aber diese Schneidigkeit ist alles andere als Gewissenhaftigkeit; sie ist eine Haarspalterei und kann nicht nur von keinem Arbeiter, sondern auch von keinem rechtlich Denkenden verstanden werden. Unserem Vertreter bei der Reichsanstalt wird wohl Gelegenheit gegeben sein, diese mehr als unverständliche Maßnahme zu beseitigen.

Hagen. (RGO.-Verleumdung geplatzt.) In der Zeitschrift „Der Erwerbslose“ war behauptet worden: „An der Bauhütte ist von einer Wahl der Delegierten nichts bekannt. Faschistisch wie die freien Gewerkschaften nun einmal sind, diktierte Herr Dressen sen., wohlbestallter Gewerkschaftssekretär des Baugewerksbundes, daß sein Sohn „Hänschen“ Obmann sei, auch zwei weitere Freunde wurden ernannt. Als mit der Fertigstellung der Baulichkeiten Arbeiter entlassen wurden, mußten alle verheirateten Familienväter gehen. Weil Vater Dressen mit einem Gehalt als Bonze von 500 ℳ noch dazu den Verdienst seines hoffnungsvollen „Hans“ haben mußte, habe er ihn zum Obmann ernannt, also „sein“ Einkommen bis zum letzten zur Entlassung kommenden Arbeiter gesichert.“ Der als verantwortlich zeichnende Ewald Aufenberg wurde wegen dieser vorstehenden Behauptung herangezogen, den Beweis zu erbringen, blieb ihn aber schuldig, weshalb er wegen übler Nachrede und Beleidigung eine Geldstrafe von 20 ℳ erhielt. Die Kosten des Verfahrens sowie die für die Publikation des Urteils wurden Aufenberg ebenfalls auferlegt.

Aus den Fachgruppen

Dachdecker.

Dachdeckerlehrlingsschule 1931. Im Dezember 1931 wurde für die Dauer von 14 Tagen die Dachdeckerlehrlingsschulung wie schon seit vielen Jahren, in der Emmershäuser Mühle bei Frankfurt am Main durchgeführt. 25 Jungdachdecker waren aus ebenso vielen Orten des Reiches zusammengekommen, um in dem Heim fachliches Wissen zu erarbeiten und gewerkschaftlichen Geist zu fördern. Das Emmershäuser Heim ist ein schöner Platz für eine solche Schulung. In schöner Umgebung, in freundlichen Räumen, bei guter Verpflegung und guter Leitung läßt sich vieles lernen. Wer die Jungdachdecker bei der Schulungsarbeit sah, konnte feststellen, daß sie sich tüchtig in den Lernstoff hineingekniet hatten. Es war eine Freude, am Unterricht teilzunehmen. Außer den Vorträgen und Aussprachen gab es auch Lichtbilder und Filmvorträge. Abends war man gemütlich beieinander, tauschte Erfahrungen aus, diskutierte oder vertrieb sich die Zeit mit Gesellschaftsspielen. Bei der Abschiedsfeier konnten allen Jungdachdeckern als Weihnachtsgabe Bücher auf den Tisch gelegt werden: Die Geschichte des Verbandes und ein Jahresband des Jungdachdeckers. Die Heimleitung hatte einen Tannenbaum geschmückt, für Nüsse, Kuchen, Aepfel und sogar für einen Dachdeckerhammer — wenn auch „nur“ für einen gebackenen — gesorgt. Dann war man fröhlich bei Gesang und Spiel zusammen. — Allen Mithelfern am Zustandekommen der Schulungswoche, allen Lehrern und auch der Heimleitung herzlichen Dank! Die Jungdachdecker werden ihren Dank abstatten durch stetes Wirken für den Bund!

Glaser.

Hamburg. In unserer Versammlung am 3. Dezember sprach Kollege Bombach über „Der staatliche Schutz der 6 Millionen Arbeitslosen“. Er übte scharfe Kritik an den Verordnungen, die die Lage des Arbeiters immer mehr verschlechtern. An mehreren Beispielen wies der Redner die unheilvollen Auswirkungen nach. Große Erbitterung rief der Eingriff in das Tarifrecht hervor. — In der Aussprache wurde die Notwendigkeit einer geschlossenen Arbeiterschaft hervorgehoben.

Allgemeine Rundschau

Fritz Kriese im Ruhestand. Aus Gesundheitsrücksichten mußte mit Beginn dieses Jahres unser Freund Fritz Kriese in Königsberg im Alter von 59 Jahren in den Ruhestand treten. Fritz Kriese war seit dem Jahre 1905 der Führer der ostpreußischen Bauarbeiter. Er war im wahren Sinne des Wortes in jener Gegend ein Säemann des Gewerkschaftsgedankens. In erster Linie ist es mit sein Verdienst, daß die ostpreußische Bauarbeiterbewegung heute auf festen soliden Füßen steht. Im Jahre 1926 trat Freund Kriese von dem Amt des Bezirksleiters unseres Bundes für Ostpreußen zurück und übernahm die Bezirksleitung des Verbandes sozialer Baubetriebe für Ostpreußen. Auch in diesem Amt wirkte er mit Fleiß und Umsicht. Ebenso war Kriese in hervorragender Weise in der politischen Bewegung tätig. Wir danken unserm Freund Kriese für seine aufopferungsvolle Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung, wünschen ihm Wiederaufbau seiner ramponierten Gesundheit und damit einen beschaulichen frohen Lebensabend!

Wer ernten will, muß säen!
Für die Woche vom 3. bis 9. Januar ist der 2. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Nochmals: Ein Herr aus Berlin. Unserm Gewährsmann, der uns über das Ergebnis der Gerichtsverhandlung in unserem Braunschweiger Prozeß einen Bericht erstattete, ist dabei ein Fehler unterlaufen. Kollege Theisen aus Braunschweig teilt uns dazu mit, nicht er (Theisen), sondern der Kläger Gmeiner sei im Besitze der gefälschten Marken gewesen. Theisen habe von Gmeiner gefälschte Marken erhalten, um festzustellen, ob sie echt seien. Dies habe Theisen auch dem Bundesrevisor Töpfer in Gegenwart der Bezirksleitung mitgeteilt. Theisen habe auch von Gmeiner die Druckerei erfahren. — Wir bringen diese Richtigstellung und bemerken dazu ausdrücklich, daß ein Mitglied unserer Redaktion den von Theisen beanstandeten Bericht in Nr. 51 nicht abgefaßt hat. Das war aus dem einfachen Grunde nicht möglich, weil kein Redakteur des „Grundstein“ in jener Gerichtsverhandlung anwesend war. Das müßte auch Theisen wissen. Folglich sind die Vorwürfe, die er anläßlich des Einsendens dieser Richtigstellung gegenüber der Redaktion macht, so deplaciert und dumm wie nur irgend möglich. Aber wir kennen Theisen und legen deshalb die von ihm gewohnten Kraftausdrücke zu dem übrigen.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Bamberg. **Georg Kröner,** Maurer, 29 Jahre alt.
Bautzen. (Cunewalde.) **Gustav Kühnel,** Invalide, 72 J.
Bergen. **Wilhelm Lehmann,** Hilfsarbeiter, 55 Jahre.
Burg-Mgdb. **Hermann Zapf,** Invalide, 78 Jahre alt.
Burgstädt. (Burkersdorf.) **Anton Oertel,** Maurer, 76 J.
Chemnitz. **Wilhelm Krebs,** Invalide, 71 Jahre alt.
Crimmitschau. **Johann Fleischmann,** Maurer, 68 J.
Detmold. (Lemgo.) **Fritz v. d. Heyde,** Maurer, 70 Jahre.
Dresden. **Karl Glöckner,** Schieferdecker, 77 Jahre alt.
(Freital.) **Walter Hölzig,** Maurer, 26 Jahre alt.
(Sürßen.) **Reinhold Schöne,** Maurer, 69 Jahre alt.
Ernst Schuster, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt.
Ernst v. Thurn, Maurer, 60 Jahre alt.
Eschwege. (Reichensachsen.) **Ernst Hellwig,** Maur., 60 J.
Grünberg. (Rothenburg.) **Willi Klette,** Maschinist, 30 J.
Guben. (Sommerfeld.) **Gustav Merkel,** Maurer, 46 J.
Güstrow. **Otto Schuhmacher,** Hilfsarbeiter, 42 Jahre.
Liegnitz. **Karl Rademacher,** Ofensetzer, 58 Jahre alt.
Limburg. (Kaltenholzhausen.) **Wilh. Weber,** M., 46 J.
Mannheim. (Freudenheim.) **Georg Boxheimer,** P., 74 J.
Recklinghausen. **Anton Wolski,** Maurer, 66 Jahre alt.
Regensburg. (Straubing.) **Xaver Kraus,** Hilfsarb., 41 J.
Reutlingen. (Pliezhausen.) **Albert Kimmerle,** M., 79 J.
(Pliezhausen.) **Gotthold Schmid,** Feur.-M., 51 J.
Schwerin. **Heinrich Steinhagen,** Hilfsarb., 66 Jahre.
Karl Witt, Hilfsarbeiter, 71 Jahre alt.
Stolp. (Bütow) **Franz Makowski,** Maurer, 74 Jahre.
Stralsund. (Putbus.) **Otto Anders,** Maurer, 43 Jahre.
Albert Paetrow, Maurer, 75 Jahre alt.
Torgelow. **Albert Kempfert,** Maurer, 78 Jahre alt.
Wiesbaden. (Dotzheim.) **Adolf Birk,** Maurer, 62 Jahre.
Wurzen. **Hermann Zieger,** Maurer, 59 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Elmshorn.
Jahresversammlung am Sonntag, dem 24. Januar 1932, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung.
2. Jahresbericht und Wahlen.
3. Verschiedenes.

Baugewerkschaft Jena.
Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.

Baugewerkschaft Penzlin.
Lokalgeschenk wird bis auf weiteres nicht mehr gezahlt.

Krankenkasse der Maurer und verwandter Berufsgenossen als Zuschußkasse, zu Elmshorn.
Generalversammlung am Sonntag, dem 24. Januar 1932, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht und Wahlen.
2. Verschiedenes.

Bücher u. Schriften

Unfallverhütung durch das Bild. Im Auftrage des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften hat die Unfallverhütungsbild G. m. b. H. wiederum eine größere Anzahl neuer Unfallverhütungsbilder herausgebracht. Eine gute Uebersicht über die neuerschienenen Bilder gewährt der uns vorliegende 4. Nachtrag des Hauptverzeichnisses.

Natur und Bauwerk. Die Schönheit von überkommenen Werken der Volks- und Baukunst, die man im Rahmen ihrer landschaftlichen oder städtebaulichen Umgebung noch heute mit Recht bewundert, wird in einem Aufsatz von Architekt Wolf im Novemberheft des im Verlag J. Neumann-Neudamm erscheinenden illustrierten Monatsschrift „Naturschutz“ behandelt. Dann folgen weitere Aufsätze, darunter einer über den Stuttgarter Waldfriedhof mit 10 Abbildungen.

Gesprengte Ketten. Von Hans Suchard. Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky, Wien X, Favoritenstraße 57. Preis 2,50 ℳ. — Ein burgenländischer Maurer hat dies interessante Büchlein geschrieben. Es enthält zwei überwiegend historische Novellen und ein Schauspiel. Im Mittelpunkt der Schilderungen steht der Kampf der burgenländischen Arbeiterbevölkerung um den Anschluß des deutschen Burgenlandes an die Republik Oesterreich. Dabei erfährt man unter anderem, daß 90 Proz. der burgenländischen Arbeiterschaft Bauarbeiter sind, die sich jedes Frühjahr in alle umliegenden Länder auf Arbeitssuche zerstreuen. Sie wollen nicht zu dem reaktionären Ungarn gehören, darum kämpfen sie in vorderster Linie bei dem Ringen um den Anschluß ihrer Heimat an das Land mit freier Verfassung, an das Land ihrer Kultur und Sprache. Die Bauarbeiter stellen den ernsthaftesten Führer der Anschlußbewegung, und ihm, dem Maurer Hans Hard, der in heldenhafter Selbstaufopferung die Bauarbeitergewerkschaft gründet, für den Sozialismus wirbt, dabei unter Lebensgefahr den Kampf um den Anschluß organisiert und führt, den die Magyaren in ein menschenunwürdiges Gefängnis werfen, ihn außer Landes hetzen und der für seine Idee arbeitete, bis er sterbend zusammenbrach, ihm hat Suchard in diesem Buch ein wohlverdientes, ehrendes Denkmal gesetzt. — Das Büchlein enthält viele Lehren für die Arbeiterbewegung. Der Verfasser versteht es gut, den schwankenden Gestalten des besitzgierigen Adels und der Geldmagnaten die wirklichen, tapferen Kulturkämpfer aus der Arbeiterschaft gegenüberzustellen. Und man findet auch in dieser überwiegend historischen Schrift eines Arbeiters bestätigt, daß niemand die Fesseln des arbeitenden Volkes löst, daß diese von ihm selbst gesprengt werden müssen. Daß hier halbe Arbeit nicht genügt, daß Protestgeschrei noch lange nicht Kämpfen bedeutet und daß auch eine Freiheit durch plötzliche Entfesselung nicht lange dauert, wenn der Befreite dann vor Steifheit nicht des Gehens fähig ist, das alles bekräftigt Suchard mit seinen Schilderungen über die Vorgänge im Burgenland zur Zeit der ungarischen Räteregierung. Das lehrreiche Buch des burgenländischen Maurers verdient daher besonders auch unter der Bauarbeiterschaft weiteste Verbreitung.

Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Von Otto Bauer. Erster Band: Rationalisierung — Fehlrationalisierung. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5. Dies im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienene Buch, das wir bereits in Nummer 19 des vorjährigen „Grundstein“-Jahrganges, Seite 152, besprochen haben, ist nun in einem Sonderdruck für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg hergestellt worden. Eine verdienstliche Tat! — Die heutige „Bundes-Tribüne“ gibt einen Ueberblick über das Problem der Rationalisierung, besonders vom Standpunkt des Betriebsarbeiters. Wer tiefer in die Dinge eindringen will, der greife zu Otto Bauers Buch!

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleitung: Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 ℳ, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 ℳ.

Bei **Lungenleiden** Bronchialkatarrhen, Husten, Verschleimung usw. helfen am sichersten und raschesten die alten Naturmittel **Huflattichsaft u. Spitzwegerichsaft**
Beide Säfte wirken schleimlösend, auswurffördernd und hustenreizmildernd. Flasche je 1,80 Mk., Kursendung mit je 5 Flaschen, zusammen 10 Flaschen, 16,— Mk. franko Nachnahme.
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg L 306 (Baden)
Herstellung aller naturreinen Gemüse- und Heilpflanzensäfte.
Broschüre gratis.

Lest das (F
BAUWERK

BETTEN 1½ schläf., echt rot, federdicht. Preisl. grat. Umtausch od. Geld zurück. Viele Dankschr. Nachn.-Versand Bettenfabrik H. Möller, Kassel Nr. 43, Wörthstraße 7.

Reellste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdaun.) 4.50, ³/₄ Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allerf. 7.—. Ia Volldaunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel,** Gänsemästerei, **Neutrebbin 5 b** (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruches, gegr. 1852.

Gummiwaren, hygien. Artikel. Preisl. G 1 grat. **„Medicus“** Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Zigarre
Aus best. Uebersectabak 9 cm groß, 100 St. nur M. 5.-. Rauchtabake von M. 1.20 p. Pfd. an geg. Nachn. Preisl. gratis. Zigarrenfabriken Gbr. Weckmann, Hanau-D

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlissene Bettfedern 60 Pf., bessere Qualität 80 Pf., halbweiße, flaumige 1.— Mk., 1,20 Mk., weiße, flaumige, geschlissene 1,50 Mk., 1,90 Mk., 2,50 Mk., feinst. geschlissene Halbflaum-Herrschaftsfedern 3,— Mk., 4,— Mk., 5,— Mk. Rupffedern, ungeschlissen, mit Flaum gemengt. halbweiß 1,35 Mk., weiß 1,95 Mk., weißer, allerfeinster Flaumrupf 2,25 Mk., 3,25 Mk., 4,25 Mk. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zurück. S. Benisch in Prag XII. Americká ulice Nr. 33. Böhmen.

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Nikolaus Bernhard). — Verantwortl. Schriftleiter: Arthur Schmit. — Verantwortl. für den Anzeigenteil: Paul Lange, sämtl. in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68